

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 97 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Belegpreis 2,97 M., einschließlich 50 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbezugs-
gebühr. Zustellabonnement 5,25 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postzuschuss 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Sonntags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Woll und Seil“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Millimetergröße 10 Pf.
Kleinanzeigen 2.- M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
genügend zwei festgedruckte Worte jedes
weitere Wort 10 Pf. Neben 11. Tarif
Worte über 15 Buchstaben zählen für
jeweils 20 Pf. Familienangehörige Milli-
metergröße 16 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3
wochentlich von 9^h bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht annehmender Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Bönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dr. S. u. Döck.-Ges., Depositions-, Jerusalemstr. 65-66.

Volk, wehr dich!

Scharfmacher und Barone beschimpfen das Volk.

Die Nationalsozialisten haben ihre Maske abgeworfen! Sie tragen eine Regierung, in der ein Graf, vier Barone und zwei gewöhnliche Adlige sitzen! Diese Regierung ist die Verkörperung aller reaktionären Kräfte. Ihre erste Tat war eine Kundgebung, in der sie den Abbau der sozialen Verpflichtungen des Staates ankündigen. Die Regierung der Barone hat in dieser Kundgebung von der „moralischen Zermürbung des Volkes“ gesprochen. Sie hat die Nachkriegsregierungen beschuldigt, aus dem Staat eine Wohlfahrtsanstalt gemacht und damit die moralischen Kräfte des Volkes zerstört zu haben!

Wir weisen diese Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Regierung der Junker und Scharfmacher auf das schärfste zurück!

Ist es moralische Zermürbung, wenn sechs Millionen Arbeitslose und ihre Angehörigen ihr hartes Los, ihr Elend und ihre Not männlich tragen, ohne dem Aufruhr und der Anarchie zu verfallen?

Diese schweigende und leidende Millionenarmee — das ist das beste Zeugnis der moralischen Kraft des deutschen Volkes, der Würde und der Disziplin der deutschen Arbeiterschaft. Dies Heer der Not darf nicht von Junkern und Scharfmachern mit Hilfe der Nationalsozialisten beschimpft werden!

Ist es moralische Zermürbung, wenn das deutsche Arbeitsvolk, seine Arbeiter, Angestellten und Beamten Milliardenopfer auf sich genommen und geleistet haben, um den Notleidenden zu helfen, um den völligen Zusammenbruch der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen des Lebens der Gemeinschaft zu verhindern?

Diese zwei Jahre seit 1930 waren voll von Elend und Not, aber auch voll von Opfermut und Disziplin. Ist das moralische Zermürbung?

Es ist der Dank für die Opfer, daß die Regierung der Junker und Scharfmacher mit Hilfe der Nationalsozialisten das deutsche Arbeitsvolk diffamiert!

Ungeheurer und ungerechter ist noch nie ein beschimpfender Vorwurf gegen ein großes Volk erhoben worden!

Niemals noch ist ein solcher Vorwurf gerade von denen erhoben worden, die am wenigsten Anlaß dazu hätten! Mit welchem Recht berufen Junker und Scharfmacher sich auf die Moral?

Die Zerstörung der moralischen Kräfte hat sich nicht auf der Seite des Volkes gezeigt, sondern bei jenen Klassen, die jetzt das Volk beschimpfen und bedrohen!

Wehe diesen Klassen, wenn sie auf dem Höhepunkt des Zusammenbruchs vor einem Jahre die ungeheuerliche Lüge von der marxistischen Mißwirtschaft, von der Zerstörung der moralischen Kräfte des Volkes zu erheben gewagt hätten!

Der Bankrott der Großagrarien, der Industriefürsten und der Bankherren hat die Fäulnis der kapitalistischen Moral enthüllt! Verbrechen auf Verbrechen sind im Laufe der letzten Jahre bekannt geworden! Die Liste der Zusammenbrüche in Industrie und Finanz war zum großen Teil eine Liste der schamlosesten Wirtschaftsverbrechen, gekrönt von den Namen Fabag und Nordwolle!

Wo waren damals die Buhprediger über die „moralische Zermürbung des Volkes“? Wo waren die Nationalsozialisten, die Anechte der Scharfmacher und Großagrarien?

Der völlige Zerfall jeder Moral, die Mißachtung von Treu und Glauben, von Recht und Gesetz — er hat sich in der Klasse der sogenannten Wirtschaftsführer gezeigt!

Die aristokratischen Großagrarien, die Milliardenbeträge erhalten haben auf Kosten des Volkes, die diese Beträge leichtfertig nach Junkerart verschleudert haben — sie gehören Seite an Seite mit den Wirtschaftsverbrechern aus der Industrie.

Diese Klassen sind es, die jetzt das deutsche Arbeitsvolk ungeheuerlich beschimpfen, die ihm die moralische Kraft absprechen wollen! Mit ihnen die Nationalsozialisten, die die Regierung der Scharfmacher und Barone unterstützen!

Wo war die Heke gegen den Wohlfahrtsstaat, als die Industrieherrzöge und Finanzmagnaten gemeinsam nach der Hilfe des Staates geschrien haben?

Viele Milliarden sind in Gestalt von Subventionen, Krediten und Löhnhilfe diesen Klassen zugeflossen, und diese Milliarden sind bezahlt worden durch gewaltigste Opfer eines schwer kämpfenden Volkes!

Die tiefste Unmoral, das moralisch zerschendende Element unserer Zeit — das ist die Begehrlichkeit dieser Schichten, gepaart mit ihrer tiefen Verlogenheit und der kraßen Undankbarkeit gegenüber dem eigenen Volke!

Das deutsche Volk wäre wahrhaft wert, beschimpft und verachtet zu werden, wenn es diese Beschimpfung durch die Vertreter einer bankerotten Welt ertragen würde! Die Abwehr der Volksbeschimpfung, der Kampf gegen die Regierung der Barone wie gegen ihre nationalsozialistischen Bundesgenossen ist ein Gebot der Ehre der Nation!

Der Bankrott des Kapitalismus und seiner Führer hat das Volk ins Elend gestürzt! Keine nationalsozialistische Lüge vermag davon abzulenken! Die Schuldigen suchen nun die Schuld von sich abzuwälzen. Sie wollen das Elend der unschuldigen Opfer der Krise vergrößern. Sie wollen sich selbst retten, indem sie über den Hunger, die Not und das Elend der Erwerbslosen fühllos hinwegschreiten!

Gegenüber dem Angriff der Schuldigen auf das Volk erklären wir laut:

Wir bekennen uns zum Wohlfahrtsstaat!
Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der

Staat alles tun muß, um die Ansprüche des Arbeitsvolkes auf Lohn und Gehalt und die Unterstützung der unschuldigen Opfer der Krise unbedingt zu sichern!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Staat das Leben und des Lebens Notdurft für alle seine Bürger gewährleisten muß!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Reiche opfern muß für den Armen!

Das Glück und die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen eines Volkes sind die Voraussetzung seiner moralischen Kräfte und der Zweck des Staates!

Wir wollen ein freies Volk, das seine Wirtschaft befreit aus dem Verbrechen des Kapitalismus.

Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die allen ein kulturwürdiges Dasein gewährleistet!

Wir wollen die sozialistische Organisation der Wirtschaft!

Wir wollen, daß die deutsche Nation aufrecht und angesehen dasteht unter den Völkern der Erde; frei nach außen und frei im Innern!

Fort mit den Kräften der Reaktion! Fort mit denen, die das deutsche Volk beschimpfen und seine gewaltigen Leistungen befudeln! Fort mit den Junkern und Scharfmachern, die von jeder das Unglück des deutschen Volkes gewesen sind!

Zu diesem Kampf für Deutschlands Glück und Freiheit rufen wir das ganze Volk auf!

Wir rufen dem gesamten Arbeitsvolke zu: Her zu unseren Fahnen! Her zum roten Banner des Sozialismus!

Einheit aller Schaffenden gegen Kapitalismus und Reaktion!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Etatenausgleich in Preußen.

Das Reich zahlt seine Schulden nicht — die Folge sind drückende Maßnahmen.

Da das Reich sich außerstande erklärt, den Betrag von 100 Millionen Mark, den es Preußen schuldet, jetzt zu zahlen, hat sich die preußische Regierung gezwungen gesehen, auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten den Ausgleich des preußischen Etats vorzunehmen.

Es hat sich in den Verhandlungen mit dem Reich herausgestellt, daß die neue Reichsregierung nichts dazu tun wollte, den Etatenausgleich in Preußen zu erleichtern. Die Verantwortung für die Notmaßnahmen, die tatsächlich Maßnahmen der letzten Not darstellen, und für ihre Auswirkungen fällt also auf das Reich!

Die neue preußische Notverordnung steht unmittelbar vor ihrer Veröffentlichung. Wie der preußische Finanzminister Klepper gestern vor der Presse ausführte, wird sie folgende Bestimmungen enthalten:

1. Die Hauszinssteuerverordnung wird in der Weise geändert, daß die Gemeinden eine Zumeisung von 160 Millio-

nen Mark für bedürftige Mieter erhalten. Diese Maßnahme wirkt sich dahin aus, daß künftig nur noch Einkommen von 800 Mark jährlich von der Hauszinssteuer befreit bleiben, während die bisherige Grenze bei dem Existenzminimum von 1200 Mark lag.

2. Mit Wirkung vom 1. Juli wird eine Schlachtsteuer eingeführt. Diese neue Steuer soll die Ausfälle, die bei den Einnahmen Preußens durch den Fortfall der 100 Millionen Mark Ausgleichszahlungen des Reiches entstanden sind, wettmachen. Der Tarif der Schlachtsteuer entspricht dem in Bayern gültigen Tarif, liegt also unter den in Sachsen gültigen Steuersätzen. Es bleiben danach Hauszinsbefreiungen frei, ferner Ferkel bis 30 Kilo, Schweine bis 75 Kilo werden mit 5 Mark, bis 125 Kilo mit 8 Mark und über 125 Kilo mit 10 Mark Steuer belegt. Die Tarife für die anderen Vieharten sind noch nicht bekannt. Der Finanzminister glaubt, daß die Fleischpreise hiervon nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, sondern daß bei der vorhandenen geringen Konsumkraft diese Steuer von dem Zwischenhandel und den Produzenten getragen wird.

3. Von den Gehältern der preußischen Beamten werden bei verheirateten Beamten mit Kindern 2½ Prozent des Gehalts, bei ledigen Beamten und bei verheirateten ohne Kinder 5 Prozent des Gehalts einbehalten. Das gleiche gilt für die staatlichen Angestellten und für sämtliche Angestellten und Beamten der preußischen Gemeinden. Die Einbehaltung ist so gedacht, daß der Gehaltsanspruch aufrechterhalten bleibt. Die zurückbehaltenen Beträge werden monatlich mit Wirkung vom 1. Juli 1932 nachbezahlt, also in der Form, daß der Betrag, der am 1. Juli 1932 einbehalten wurde, am 1. Juli 1932 zurückgezahlt wird. Um die Beamten sicherzustellen, wird für den Todesfall vorgesehen, daß der gesamte Betrag dann sofort zurückgezahlt wird. Bei Angestellten wird der Gesamtbetrag nachbezahlt, falls der An-

Länderkonferenz

Am Sonnabend findet in Berlin eine Länderkonferenz statt, zu der Herr von Papen eingeladen hat. Es ist anzunehmen, daß während dieser Besprechung, die hauptsächlich finanziellen Fragen gelten soll, von den Länderregierungen starke Töne gegen verschiedene dunkle Pläne der Nazi-Barone fallen werden.

gestellte vor Ablauf der fünf Jahre ausscheidet, und ebenfalls sofort, wenn er ohne Versorgungsansprüche ausscheidet. Eine Uebertragbarkeit dieser Ansprüche der Beamten an den Staat ist für die Dauer der Sperrfrist ausgeschlossen. Durch diese Gehaltseinbehaltung sollen 26 Millionen Mark eingepart werden.

Diese Maßnahme wird damit begründet, daß durch den Rückgang der Reichsüberweisungssteuern und durch die verminderten Einnahmen aus der preussischen Grundvermögenssteuer ein Defizit von 50 Millionen entstanden ist. Noch bei personellen Einsparungen verbleibt noch ein Defizit von 24 Millionen, die durch neue Sacheinsparungen gedeckt werden. Damit ist nach den Erklärungen des Finanzministers der materielle Ausgleich durchgeführt. Zur Kassenlage erklärte Dr. Klepper, daß sie auf lange Sicht in Preußen lichergestellt sei und wenn nicht ganz unvorhergesehene Änderungen der allgemeinen Lage eintreten, die Kassenlage für die Dauer des Stabsjahres als gesichert angesehen werden kann. Im übrigen demutterte der Minister nachdrücklich die Gerichte, monach Preußen angeblich mit einem Bankrottfortium zur Ueberbrückung seiner schwierigen Kassenlage verhandelt habe.

Der preussische Haushalt wird nicht durch Notverordnung in Kraft gesetzt, vielmehr wird die preussische Regierung die Verantwortung hierfür dem Parlament überfallen.

Die Verpflichtung des Reichs.

Die Reichsregierung teilt mit:
Am 7. Juni fand in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung über die Frage der Durchführung des Abkommens statt, das seinerzeit über eine Ausgleichszahlung des Reichs an Preußen in Höhe von 100 Millionen Reichsmark gegen Abtretung der preussischen Beteiligung an den Siedlungsfinanzierungsinstituten getroffen wurde.

Es bestand Einverständnis darüber, daß der frühere Reichsfinanzminister Dietrich dem preussischen Finanzminister Klepper Anfang Mai dieses Jahres mitgeteilt hat, das Reich sei nicht in der Lage, die 100 Millionen Reichsmark ganz oder teilweise im laufenden Rechnungsjahr zu zahlen und daß demgemäß zwischen den beiden Finanzministern vorbehaltlich der Zustimmung der Kabinette eine Vereinbarung dahin getroffen sei, daß das Reich die 100 Millionen Reichsmark in fünf gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. April 1933, zahlen solle.

Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk erklärte, das neue Kabinett sei bereit, diese Abrede beizutreten. Von preussischer Seite wurde demgegenüber die Stellungnahme des Kabinetts vorbehalten. Der preussische Finanzminister gab die Erklärung ab, daß Preußen seine Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts selbst treffen werde. Diese Maßnahmen würden den Haushaltsausgleich herbeiführen und die Kassenlage sicherstellen.

Gegen Pläne der Barone auf Preußen.

Scharfer bayerischer Protest.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu den dunklen Plänen der Papenheimer und Schleicher auf Einlegung eines Staatskommissars in Preußen:

„Es ließe das Verhältnis zwischen Reich und Preußen und damit die verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern überhaupt durch einen Staatsstreich von oben von Grund auf ändern. Ein derartiger Eingriff in die staatlichen Rechte des größten deutschen Landes von Seiten des Reichs würde eine Zerstörung der inneren Struktur der Reichsverfassung bedeuten, wozu keine Reichsregierung und kein Reichspräsident befugt sind. Die Neubildung einer parlamentarischen Regierung in den Ländern ist überall Sache ihrer Volksvertretung. Eine Umweisung der Regierung an die geschäftsführende Landesregierung oder an die zur Regierungsabteilung berechneten Landesparlamente entbehrt jeder rechtlichen Grundlage und kann unmittelbar aus dem Exzessionsrecht des Reichspräsidenten abgeleitet werden.“

Der Freund der Scharfmacher.

Goebbels verteidigt das reaktionäre Kabinett der Barone.

Im „Angriff“ hat sich Herr Goebbels zum Paladin der Regierung der Barone aufgeworfen. Er entzückt sich über die deutliche Charakterisierung der auf den Schultern der Nationalsozialisten stehenden reaktionären Regierung im „Vorwärts“:

„Der „Sormaris“ hat den Wahlkampf mit einer Verleumdungskampagne begonnen, die dem in der Vergangenheit von der SPD, so oft beschworenen politischen Anstandesgefühl in der aufreizendsten Weise Hohn spricht. Das dröhnt nur so von Lügen und Verdrehungen.“

Weil wir den reaktionären Charakter der Regierung der Junker und Scharfmacher aufgedeckt haben — Lügner! Weil wir ihre arbeitserfeindlichen Pläne gegen die Sozialpolitik und die Arbeitslosen gebührend charakterisiert haben — Verdrehung!

Herr Goebbels muß seine Anhänger über den wahren Charakter dieser Regierung belügen, weil sie nicht wissen sollen, daß die Konsequenz der Nazipolitik die Regierung der Barone, der Junker und Scharfmacher ist!

In derselben Nummer des „Angriff“ wird mitgeteilt, daß die gesamte Belegschaft der Repunwerit in Rastock ausgesperrt worden ist, weil sie sich gegen Lohnsenkung zur Wehr setzte! Es sind die Freunde Hitlers, die die Arbeiter aussperren, und die Regierung der Barone ist ihre Regierung! Sie soll die Arbeiter ihnen schuldig ausliefern!

Die Arbeiter von Rastock haben eben noch nicht begriffen, daß sie dem „unseligen, gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf“ huldigen, wenn sie nicht als brave Untertanen jede Kürzung ihres Lohnes in christlicher Demut hinnehmen, daß sie Zeugnis ablegen von der „Festigung der moralischen Kräfte im Volke“, wenn sie so begehrt sind, daß sie nicht mit weniger Lohn zufrieden sind!

Die Frechheit der Unternehmer ist die Folge der Nazipolitik, und das Kabinett der Barone ist ihr Kabinett! Herr Goebbels aber nennt es Verleumdung und Lüge, wenn wir den Zusammenhang dieses Kabinetts mit den reaktionären Kräften zeigen!

Das ist leicht erklärlich: er gehört mit zur Partie, und die Arbeiter von Rastock, über die sein Blatt Krokodilstränen vergießt, können sich bei ihm bedanken!

In Rumänien hat der König die Regierung Soaga demangestagt. In ihre Stelle ist ein Kabinett unter Führung des Siebenbürgers Dr. Rojda-Bolob getreten.

Noch 5 583 000 Erwerbslose.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes bleibt schleppend.

Auch in der zweiten Maihälfte hat nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt sich nur langsam fortgesetzt. In der Berichtszeit war der Rückgang der Erwerbslosen mit rund 92 000 gegen nur 64 000 Personen in der ersten Maihälfte etwas größer, jedoch bleibt er weit hinter den Ziffern der entsprechenden Zeit des vorhergehenden Jahres zurück. Wie sich die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit der Ueberwindung der winterlichen Höchstbeschäftigungslosigkeit gestaltet, zeigt die folgende Tabelle.

Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich:		1931	1932
15. bis 31. März	— 226 000	— 98 000	
1. „ 15. April	— 120 000	— 100 000	
16. „ 30. April	— 240 000	— 197 000	
1. „ 15. Mai	— 140 000	— 64 000	
16. „ 31. Mai	— 144 000	— 92 000	
Zusammen:		870 000	551 000

Die Arbeitslosigkeit ist danach, also von Mitte März bis Ende Mai 1931, um 870 000 Personen, in der gleichen Zeit dieses Jahres dagegen nur um 551 000 Personen gesunken. Bei einer winterlichen Höchstbeschäftigungslosigkeit von 6 129 000 in diesem Jahr und von 4 980 000 im vergangenen Jahr betrug die Ueberlagerung 1,15 Millionen. Infolge der steigenden Entlastung in diesem Jahr ist die Ueberlagerung Ende Mai auf etwa 1,5 Millionen gesunken.

Die schnellere Besserung des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr war hauptsächlich dadurch bedingt, daß neben der Saison-

entlastung sich eine wenn auch geringe konjunkturelle Besserung durchsetzte. In den vergangenen Monaten aber ist die an sich schon geringe Saisonentlastung durch eine weitere konjunkturelle Verschlechterung noch außerordentlich geschwächt worden. Das laufende Ergebnis ist eine Arbeitslosenzahl von 5 583 000 Personen Ende Mai. Da eine Durchführung des bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms durch den Sturz der Regierung bedingt gefährdet ist, das Siedlungsprogramm infolge der großagrarischen Quertreibereien überhaupt nicht zur Ausführung gelangt, kann man der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarktes nur mit größtem Pessimismus entgegensehen.

In England weitere Verschlechterung.

In den beiden letzten Monaten 170 000 Arbeitslose mehr.

Die wachsende Arbeitslosigkeit hat in Großbritannien in politischen Kreisen große Erregung hervorgerufen. Schon im April hatte die Arbeitslosigkeit um fast 85 000 Personen und im Mai, nach dem neuesten Ausweis, um mehr als 80 000 Personen zugenommen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen erreicht jetzt nach der amtlichen Statistik rund 2,74 Millionen, zu denen jedoch einige 100 000 ausgesetzte weibliche Erwerbslose hinzukommen, so daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit reichlich 3 Millionen Menschen umfaßt. Bei der geringeren Bevölkerungszahl in England entspricht dieser Stand der Erwerbslosigkeit etwa 4,5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland.

Zentrum gegen Papen-Schleicher

Vorbereitung auf den Wahlkampf im Reichsparteivorstand.

In der Sitzung des Reichsparteivorstandes der Deutschen Zentrumspartei wies der Parteivorsteher Dr. Kaas, wie es in einem Bericht des Parteivorstandes heißt, darauf hin, daß er nach wie vor in unerschütterlicher Treue zu jenem Manne stehe, der in den letzten Jahren der Exponent der deutschen Politik gewesen sei. Es komme jetzt weniger darauf an, wer recht bekomme, als wer recht habe. Der Tag werde kommen, wo auch die Männer der heutigen Regierung eintreten würden, daß sie nicht nur einen Umweg eingeschlagen hätten, sondern Irrwege gegangen seien. Er habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er die plötzliche Beendigung der Arbeit des Kabinetts Brüning für einen schweren Fehler halte; jede halbe Lösung könne aber nur eine Fortführung dieses Fehlers bedeuten.

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, dem der Parteivorstand eine lebhafte Rundgebung darbrachte, gab einen eingehenden Bericht über die Ereignisse der letzten Zeit, der dann ergänzt wurde durch Ausführungen des Vg. Jans und des früheren Reichsarbeitsministers Stegerwald. Daron schloß sich eine längere Aussprache.

Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei betont in diesem Augenblick innenpolitischer Wirrens und außen-

politischer Bedrängnis sein überzeugtes und unerschütterliches Festhalten an den Grundlinien der Politik, die durch das staatspolitische Wirren und Wirken des bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning gekennzeichnet sind. In Bedrängnis um das Schicksal von Volk und Nation steht der Reichsparteivorstand die Visionen dieser staatsmännischen Aufbauarbeit in einem besonders gefährlichen Augenblick für unterbrochen und durch ein Experiment abgelöst, für das aus zwingenden Gründen unererzählbar feinerer Mitverantwortung übernommen werden kann. Dem aus seinem Amt austretenden Herrn Dr. Brüning, seinem treuen Mitarbeiter Dr. Stegerwald, der Parteileitung und der Reichstagsfraktion spricht der Reichsparteivorstand sein dankbares Vertrauen aus. Der Vorstand erwartet von allen Organisationen und Freunden der Partei im Lande, daß sie alles tun, um in dem kommenden Wahlkampf die Schicksale des Zentrums zu steuern. Der Parteivorstand und der Parteivorstand des Zentrums zu zerlegen und zu zerstückeln, müssen rückwärts abgewiesen werden. Unser Kampf wird sich gegen diejenigen richten, welche die politisch-parlamentarische Mitverantwortung ablehnen zu einer Zeit, in der sie ihre Machtsprüche angemaßt haben, um Kabinette zu bestimmen und zu zerlegen.“

Das preussische Regierungskabinett wurde in dieser Sitzung mit feinem Wort geltezt.

Auf Böschensjagd.

Das Naziorgan kommandiert den neuen Reichspresseschef.

Als der neue Reichspresseschef von Kaufmann-Affer schon ernannt war, verzweifelte der nationalsozialistische „Angriff“ als Gerücht, daß er sich um den Posten bemühe. Unter der Ueberschrift „Auf Böschensjagd — Deute, die sich umstellen wollen“ schrieb er:

„Dieser Herr von Kaufmann-Affer ist Halbjuden, stammt aus einer Frankfurter jüdischen Kantierfamilie, stand früher der Bayerischen Volkspartei nahe, war ein enger Mitarbeiter Strohmans und wollte jetzt plötzlich sein nationales Herz entdeckt haben.“

Herr von Kaufmann-Affer, der so vom „Angriff“ begrüßt wurde, soll nun auf Befehl der Nazis „seinen Laden ausmisten“. Der „Angriff“ bezeichnet als die Beamten, die hinausgeworfen werden müßten: „Regierungsrat Cohn, Oberregierungsrat Radlauer, Oberregierungsrat Biermann, Assessor Maus.“ Er charakterisiert sie: „Drei Nazisten, drei Juden, ein linker Zerrümler.“

Es scheint, daß Freunde der Nazis im Amt und außerhalb des Amtes sehr eifrig auf Böschensjagd sind!

Röhm.

Ein Kapitel zur „moralischen Zermürbung des Volkes“.

Herr Röhm, der bisher den General von Schleicher mit seinem Besuch beehrte, ist unter dem Regime der Barone in der Reichskanzlei empfangen worden. Der Zweck des Besuchs ist offensichtlich: er hat Hitlers Befehl über die Aufhebung des SE-Verbats überbracht.

Die Persönlichkeit des Herrn Röhm ist hinreichend bekannt. Seine Veranlagung ist gerichtsärztlich, seine Briefe zeigen seinen Charakter. Dieser Mann wurde in der Reichskanzlei empfangen, unter einer Regierung, die es gewagt hat, dem Volke „moralische Zermürbung“ zu unterstellen!

Soll die Moral des Herrn Röhm Vorbildlich werden?

Chraßschneider von Beruf!

Neue gemeine Verleumdung gegen den Berliner Polizeipräsidenten.

Die berufsmäßigen Verleumder in der Hedemannstraße haben einen neuen Lügenfeldzug gegen sozialdemokratische und republikanische Staatsbeamte und Politiker eröffnet. Der Wahlkampf wird von dieser Seite mit dem Versuch begonnen, gemeinste Lügenhege zum Wählerlang einzusetzen. So veröffentlicht der „Angriff“ gestern Abend unter der Ueberschrift „Weg mit Erzjinski und Weiß“ einen Artikel in großer Aufmachung, durch den das Ansehen und die persönliche Ehre des Berliner Polizeipräsidenten Erzjinski in der

übelsten Weise verunglimpft werden sollen. Längst durch eidliche Zeugenaussagen als widerliche Verleumdungen gekennzeichnete Behauptungen werden gegen besseres Wissen wiederholt, und zwar in einer Form, die die Verleumder vor strafrechtlicher Verfolgung schützen soll. In hässlicher Weise wird das alte Märchen wieder aufgefächert, monach der Polizeipräsident, als er noch preussischer Innenminister war, bei einem in amtlicher Eigenschaft durchgeführten Besuch in Wien keine „Geliebte“ mitgenommen habe.

Selbstverständlich ist der Redaktion des „Angriff“ bekannt, daß man es hier mit einer dicken Lüge zu tun hat, denn bereits am 3. April 1929 hat das preussische Staatsministerium als Antwort auf eine Anfrage des nationalsozialistischen Abgeordneten Haack erklärt: Alle Behauptungen über die Wiener Affäre Erzjinskis hätten sich als unwohl erwiesen. Durch Zeugeneid und vielfache eidliche Aussagen sowie durch die amtliche Befundung der Wiener Polizeiverwaltung sind alle diese Behauptungen als böswillige Verleumdungen angeprangert worden.

Das hindert die Nationalsozialisten nicht, diese längst widerlegten Behauptungen wieder aufzufrischen, um so die Ehre eines Mannes zu beschmutzen, dessen Verdienste um Wahrung und Pflege der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in schweren Zeiten im Interesse aller Staatsbürger die Geschichte noch zu würdigen haben wird.

Der Verleumderartikel beschäftigt sich dann weiter mit dem Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, dem gleichfalls an die persönliche Ehre rührende „Verleumdungen“ untergeschoben werden. Wie wir aus dem Polizeipräsidenten erfahren, sind auch diese Behauptungen als gemeine Verleumdungen anzusehen. Man merkt die Absicht der Verleumder und erkennt, wie verhaßt die beiden Männer den Reaktionen sind.

Ein Schreckensurteil!

Justiz mit der Parteibinde.

Braunschweig, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Das Amtsgericht Braunschweig verurteilte einen Jungdannermann, der im Verlauf einer Straßenprügelei mit provozierenden Nazi-Schülern einem der Roubys das Mützenband abgerissen hatte, zu einem Jahr Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte auf Antrag eines nationalsozialistischen Staatsanwalts wegen „Straßenraub“. Das ungeheuerliche Urteil steht im krassen Gegensatz zu der Behandlung der braunschweigischen Nazis, von denen bisher kein einziger abgeurteilt wurde, obwohl sie drei Tot und zahlreiche Schwerverletzte auf dem Gewissen haben.

Vom Untergang der Volkspartei. Die bisherigen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Holdecker Meyer zu Belm und Staatssekretär z. D. Schmidt (Düsseldorf) sind aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden. Sie gehen zu den Deutschnationalen. Herr Dingeldey verhandelt trampfacht um eine neue Parteigründung, er hofft, rechte Staatspartei an sich zu ziehen.

Sehe gegen Habas-Vertreter.

Innenpolitische Brannenvergiftung im Hintergrund.

Die katastrophale Stimmung des gesamten Auslandes gegenüber dem Junker-Kabinett läßt die Rechtspresse vor den außenpolitischen Mißerfolgen schon jetzt zittern, die sie für die nächste Zukunft vorausieht.

Deshalb wird mit allen Kräften eine neue Dolchstoßlüge konstruiert: Schuld an der schlechten Aufnahme der Papen-Schleicher-Clique im Auslande, schuld an den — aus dem Herrenklub selbst stammenden — Gerüchten über eine geplante monarchistische Restauration, die lebhafteste Beunruhigung im Auslande erzeugt haben, schuld an der kommenden diplomatischen Niederlage ist natürlich einzig und allein — die deutsche Sozialdemokratie!

Wir sind darauf gefaßt, daß diese Lügen im kommenden Wahlkampf eine erhebliche Rolle spielen werden.

Einen Vorgeschmack dieser infamen Verleumdungen bietet die „Berliner Börsen-Zeitung“. Diese behauptet offenbar nicht aus eigenem Antriebe, gegen den Berliner Vertreter der Habas-Agentur, Herrn Lemercier, der beschuldigt wird, die bekannten Gerüchte über einen möglichen Rücktritt Hindenburgs zwecks Ausrufung einer „Reichsverweigerung“ des Kronprinzen wiedergegeben, aber das entsprechende Dementi Hindenburgs in einer für die Verfassungstreue der Papen-Minister beleidigenden Form weitergeleitet zu haben. Das schwerindustrielle Blatt fordert in dürren Worten die Ausweisung des französischen Korrespondenten.

Wir haben darauffin das Telegramm in der Pariser Presse vom Dienstag nachgelesen und festgestellt, daß es, nach einer Wiedergabe des Dementis, darin weiter heißt:

„Soweit die persönlichen Absichten des Feldmarschalls von Hindenburg in Frage kommen, sind sie also festgestellt. Man wird bemerken, daß das Dementi herausgegeben wurde auf Grund einer Initiative des Staatsoberhauptes, daß aber die Regierung selbst nicht geglaubt hatte, den nachhaltigen Gerüchten über eine monarchistische Restauration entgegenzutreten zu müssen, die in Deutschland im Umlauf sind und die einen so lebhaften und prägnanten Widerhall in der bayerischen Presse gefunden haben. Sie hätte bei dieser Gelegenheit ihre Treue gegenüber der republikanischen Reichsverfassung bekunden können. Sie hat es nicht getan, ebenso wenig wie das Wort „Verfassung“ in ihrer an das deutsche Volk gerichteten Erklärung vorkommt.“

Die Wahrheit scheint zu sein, daß die Kreise, die gegenwärtig die deutsche Politik beherrschen, eine entschiedene monarchistische Tendenz haben, daß aber noch niemand weiß, auf welchem Umwegen der Thron der Hohenzollern wiederbesetzt werden könnte.

Und deshalb der Schrei nach Ausweisung! Wir überlassen es dem Berliner Habas-Vertreter, der, nach diesem Kommentar zu schließen, den Herren in der Wilhelmstraße geistig weit überlegen zu sein scheint, sich zur Wehr zu legen.

Weit schlimmer und gemeiner ist aber der Versuch der „Börsen-Zeitung“, den Genossen Breitscheid als den Gemütskranken des Habas-Vertreters hinzustellen. Sie ist natürlich viel zu vorsichtig, ihn zu nennen, aber die Umföhrung ist so deutlich, daß die juristische Handhabung für einen Strafantrag wahrscheinlich doch gegeben sein dürfte.

Auf alle Fälle sei hiermit folgendes festgestellt: Seitdem Herr Lemercier in Berlin Habas vertritt, also seit etwa Jahresfrist, hat Breitscheid zu seinem Bedauern mit ihm im ganzen nur zweimal Mützig gesprochen. Das letzte Mal vor drei Monaten!

Damit parlirt die gegen Herrn Lemercier gerichtete Hege ihren eigentlichen, nämlich ihren innenpolitischen Zweck.

Reichsbanner schließt Höring aus.

Zugung von Bundesvorstand und Bundesrat.

Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß teilt mit: Am 8. Juni 1932 wurde bei einer Zugung des Bundesvorstandes und des Bundesrates zu Berlin einstimmig beschlossen, daß gegen den früheren ersten Bundesvorsitzenden Oberpräsident a. D. Otto Höring und drei andere Bundesmitglieder das Ausschlussverfahren eingeleitet sei.

Die Aussprüche über die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben des Reichsbanners ergab völlige Übereinstimmung der Bundesvertreter aus allen Ecken des Reiches mit dem Bundesvorstand. Einstimmig wurde dem Kameraden Karl Höltermann für die in den vergangenen Monaten geleistete Arbeit der Dank ausgesprochen und für die bevorstehenden Wahlen uneingeschränktes Vertrauen zugesichert. Zum Stellvertreter Karl Höltermanns wurde der Reichstagsabgeordnete Gustav Berl-Wagdeburg gewählt.

Der unparteiische Präsident.

Was Kerl beanstandet — was Kerl durchläßt.

Der nationalsozialistische Bundtagspräsident Kerl hatte, wie wir mitteilen, vor einigen Tagen eine sozialdemokratische Anfrage beanstandet, weil darin die Bluttat von Bankau, die Ermordung des Arbeiters Böly in Gegenwart seiner um Gnade bittenden Frau durch eine nationalsozialistische SA-Horde mit den Worten „rohe Tat“ gekennzeichnet worden war.

Derselbe Präsident hat jetzt einen Antrag (Nr. 175) seiner eigenen Parteigenossen ungehindert in Deut geben lassen, in dem die vom preußischen Innenminister gegen die SA. erhobenen Anklagen als „ungeheuerliche Verleumdungen“ bezeichnet werden.

Die blutige Mordtat von SA-Banden darf nicht als toh bezeichnet werden, aber ein sozialdemokratischer preußischer Innenminister darf bemerkt als Verleumdung bezeichnet werden. Das ist die Unparteilichkeit eines Nazi-Präsidenten!

Naziterror gegen Justiz.

Ein sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Im Preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, durch den das Staatsministerium aufgefordert werden soll, die richterlichen und Staatsanwaltschaftlichen Beamten vor Einschüchterungen und Bedrohungen wirksam zu schützen und die Unabhängigkeit der Justizpflege auch in Zukunft für Preußen sicherzustellen.

Zur Begründung heißt es in dem Antrag:

In der zweiten Sitzung des Preussischen Landtags vom 25. Mai 1932 hat der Abg. Dr. Freiler Beschwerde geführt, daß Staatsanwälte in Lathlages- und Brandfriedensbruchprozessen gegen nationalsozialistische Angehörige die dem Beweisergebnis entsprechenden Strafentwürfe stellen. Daraufhin hat der Abg. Rybe, Vorsitzender der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, geäußert:

„Die preussischen Staatsanwälte müssen zu 90 Proz. wegen Rechtsdrucks in den Anklagezustand versetzt werden.“ Diese Worte entsprechen der seit längerer Zeit von der nation-

Preußen.



„Wollen der Herr wieder auf seinem angestammten Sitze Platz nehmen!“

„Rentenjäger und Neurotiker.“

Nazi-Aerzte über Nazi-Krieger.

Der „Vorwärts“ konnte wiederholt den Nachweis erbringen, daß Hitler-Jünglinge, die vorgeben, von Reichsbannerleuten oder anderen Angehörigen der eigenen Front verletzt worden zu sein, sich diese Verletzungen selbst beigebracht haben.

Wie selbst die Nazis über diese und offenbar viele andere Vorkommnisse urteilen, ergibt sich aus einem Merkblatt, das die „Hilfskasse der NSDAP“ als „streng vertraulich“ den Mitgliedern des „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterbundes“ übergeben hat.

In diesem Merkblatt, das von einem Dr. Wagner unterzeichnet ist, wird darauf hingewiesen, daß die Hilfskasse keine Unfallversicherung sei, sondern eine Hilfseinrichtung der NSDAP, die im Parteidiensft unanglückten Parteigenossen — ohne Gewährung eines Rechtsanspruchs — bei von NSDAP-Aerzten bestätigter Arbeitsunfähigkeit Tagelöhner zahlt. Bei Dauerinvalidität werde Kapitalrente gewährt nach den in der (sonst sehr geschwächten) Unfallversicherung allgemein üblichen Sätzen. Diese Rente werde aber erst dann gezahlt, wenn festgestellt, daß keine Besserung im Beland mehr zu erwarten sei.

Den Aerzten wird zur Pflicht gemacht, bei der Erstuntersuchung einwandfrei festzustellen, ob wirklich ein Unfall im Parteidiensft vorliegt oder ob die Angaben des Verletzten fingiert seien. Bei der Beurteilung und Festsellung der Arbeitsunfähigkeit müsse dem Bestreben eines Verletzten, sich auf Kosten der Hilfskasse Vorteile zu verschaffen, energisch entgegengetreten werden.

Es sei eine wichtige Aufgabe der nationalsozialistischen Ärzte, hier energisch auf die Parteigenossen einzuwirken. Es könne nicht angehen, daß Rentenjäger und Neurotiker unterliegt werden. Deshalb müsse von den Aerzten verlangt werden, daß die Arbeitsfähigkeit streng beurteilt werde. Voraussetzung für die Zahlung von Unterstützung sei die laufende Behandlung bei einem SA-, SS- oder SA-Arzt, dessen Anforderungen streng eingehalten werden müssen. Der Verletzte müsse sich mindestens zweimal wöchentlich bei seinem behandelnden Aerzte melden. Verstöße sollen sofort der Hilfskasse gemeldet werden.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie die NSDAP. und ganz

besonders ihre Aerzte gegen jede Kontrollmaßnahme der Krankenkassen Sturm laufen, dann zeigen die hier gegebenen drastischen Vorschriften aufs deutlichste, daß die NSDAP mit ihren „Nazis“ verdammt schlechte Erfahrungen gemacht haben muß!

Selbstverstümmelter Buttler verurteilt.

Der frühere Nazi-Abgeordnete einwandfrei überführt.

Darmstadt, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Darmstadt verurteilte am Mittwoch den früheren nationalsozialistischen Abgeordneten und SA-Führer Josef Buttler aus Oberstadt bei Darmstadt zu 30 Mark Geldstrafe und zu sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht erklärte Buttler, der bis zuletzt „bei Gott und Ehrenwort“ leugnete, sich selbst angelehnt zu haben, ist einwandfrei überführt.

Der Nazi-Abgeordnete des Hessischen Landtags Kern erhielt wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz 30 Mark Geldstrafe. Kern hat Buttler die zur Selbstverstümmelung benutzte Schusswaffe veräußert.

Wieder einer.

Das Schöffengericht in Hannover hat in Minden verurteilt einen ehemaligen SA-Führer in Hannover, Minden, den Kaufmann Harald Friedrich, zu drei Wochen Gefängnis. Friedrich hatte den gleichen Trick wie Buttler angewandt: Er hatte den Behörden vor einiger Zeit einen Drohbrieff zur Strafverfolgung vorgelegt, worin die „rote Kommune“ ihm den Tod innerhalb kurzer Frist ankündigte. Wenige Tage darauf meldete sich dann Friedrich bei der Polizei als „Überfallener“. Er hatte einen Messerstich im linken Arm, den er wochenlang als Witzstreicher in einer großen Wunde zur Schau trug. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben jedoch, daß Friedrich den Drohbrieff selber geschrieben, den Stich sich selbst mit eigener Hand beigebracht hat. — Natürlich ist dort der Fall Friedrich von den Nationalsozialisten in Hannover-Minden furchterlich zur Agitation gegen das „rote Nordgericht“ ausgeschlachtet worden.

Es ist charakteristisch, daß nationalsozialistische Selbstverstümmelungen keine Einzelercheinungen sind.

nationalsozialistischen Presse geübt, solche Richter und Staatsanwälte, die in Prozessen gegen Nationalsozialisten nicht das Parteiinteresse der Nationalsozialisten, sondern den allgemeinen Rechtsstandpunkt vertreten, durch Schimpfwörter und Drohungen einzuschüchtern. Hierfür ist in dem Buche „Justizdämmerung“ eine Reihe markanter Beispiele aufgeführt. Durch die fortgesetzte Bedrohung pflichtgemäß handelnder Justizbeamter soll offenbar erreicht werden, daß diese in Zukunft nicht mehr wagen, nach Pflicht und Gewissen ihrer Funktionen als Richter bzw. Staatsanwälte zu erfüllen.

Er will sich nicht festlegen.

Der Herr von Oels zur Restaurationsfrage.

London, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Wie der „Daily Herald“ berichtet, hatte seine Redaktion an den früheren Kronprinzen die fotografische Anfrage gestellt, ob er bei einer künftigen Reichspräsidentenwahl eine Kandidatur annehmen oder ob er als Kandidat auf den Hohenzollernthron angesehen werden könne.

Darauf hat der „Daily Herald“ aus Oels nachstehende Antwort erhalten, die man nicht gerade als eine Ablehnung derartigen Absichten bezeichnen kann: „Ich werde meinem Lande dienen, so lange ich lebe. Wilhelm, Kronprinz.“

Also auch dem Ausland gegenüber bedient sich der Kronprinz eines Tiefs, der ihm geschlief nicht zusteht. Er ist lediglich befaßt, sich, genau wie seine Brüder, „Prinz von Preußen“ zu nennen. Im übrigen ist diese Antwort kaum mehr als zweideutig zu bezeichnen. Sie bildet vielmehr indirekt eine Bestätigung der in den Kreisen des Herrenklubs propagierten Restaurationspläne.

Der Prozeß um die Hitler-Gelder.

Vernehmung des Dutschischen Roth

München, 8. Juni. (Eigenbericht.)

In dem Münchener Abel-Prozeß kam es am Mittwoch wiederholt zu Zusammenstoßen zwischen dem Gerichts-

vorstehenden und der Verteidigung. Gleich zu Beginn stellte einer der Verteidiger fest, daß verschiedene Aktenstücke fehlen, was von dem später als Zeugen vernommenen Untersuchungsrichter bestätigt werden mußte.

Das Hauptergebnis war die Vernehmung des früheren bayerischen Justizministers Dr. Roth, der zur Zeit Generalsstaatsanwalt beim bayerischen Verwaltungsgerichtshof in Roth war mit Abel noch dem Hitler-Putsch Ende 1933 Gefangener in Landsberg am Lech. Er bestritt heute, mit Abel jemals in engeren Beziehungen gestanden und ihm erzählt zu haben, daß der berüchtigte Leutnant Braun der Mörder des Sozialdemokraten Gores sei. Auch heute wisse er noch nicht, wer der Mörder war. Eine Reihe von Fragen der Verteidigung, deren Beantwortung durch den Zeugen Licht in das Dunkel der bayerischen Frememordaffäre 1920/21 hätte bringen können, lehnte das Gericht ab. Roth wäre z. B. sicherlich in der Lage gewesen, Auskunft darüber zu geben, daß der Gores-Mörder von der Münchener Polizeidirektion (Böhmer-Feld) für seine Flucht nach Ungarn mit einem falschen Paß ausgestattet wurde.

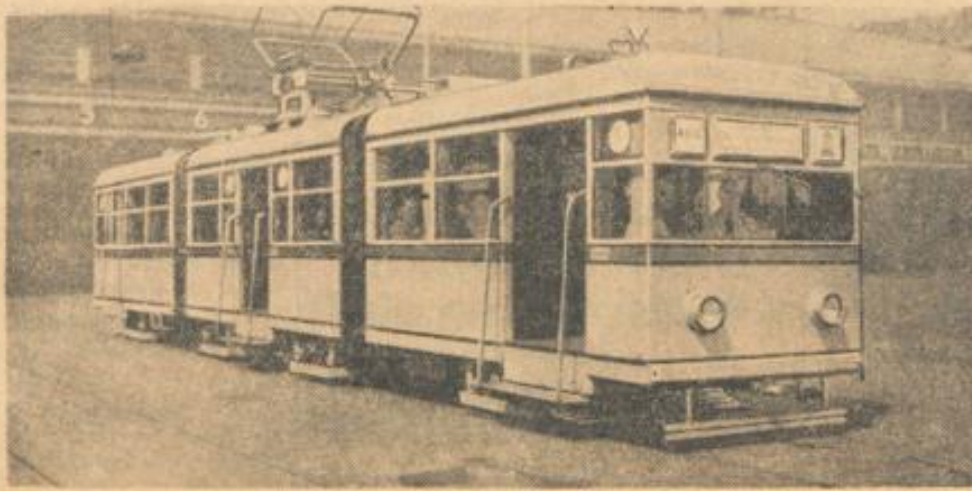
Die Behauptung des Angeklagten, daß er während seiner Agententätigkeit für die Rechtsradikalen in München wiederholt Gast bei dem Kronprinzen Rupprecht war, konnte im bisherigen Verlauf des Prozesses noch nicht geklärt werden. Auch Ludendorff kümmerte sich damals recht lebhaft um Abel und suchte ihn zweimal in seiner Wohnung auf. Der Frememörder Heines mußte als Zeuge von den ausländischen Geldquellen Hitlers aus eigener Kenntnis nichts anzugehen.

Arbeitsdienstplicht in Oesterreich. Der österreichische Ministerrot hat am Mittwoch die Verlegung eines Gesetzes über Einführung der freiwilligen Arbeitsdienstplicht nach deutschem Muster verabschiedet. Zur Finanzierung dieses Projekts soll ein Kredit von 3 Millionen Schilling dienen. Die Arbeitsdienstplicht soll in der Form durchgeführt werden, daß den zu der Arbeit verwendeten Arbeitlosen eine tägliche Entschädigung von zwei Schillingen zugewilligt wird.

Die deutsche Lausanne-Delegation hat Außenminister von Neurath dem Außenamt in London überreicht; sie enthält eine Darstellung der Gründe der deutschen Zahlungsunfähigkeit.

Die Gelenk-Straßenbahn

Seit einigen Tagen wird in Berlin ein neuer Straßenbahnwagen probeweise gefahren, der in seiner Art sicherlich das Modernste auf diesem Gebiete darstellt. Es handelt sich um einen sogenannten „Gelenkwagen“, der von der bekannten Waggonfabrik Christoph & Unmack in Niesky hergestellt wurde und dessen neuartige elektrische Ausrüstung die AEG lieferte. Der Wagen soll auf dem demnächst im Haag stattfindenden Kongress des Internationalen Vereins der Straßenbahnen, Kleinbahnen und öffentlichen Kraftfahrunternehmen vorgeführt werden.



Das Hauptzeichen der Gelenkwagen besteht darin, daß sie geradezu „schlangenförmig“ um die Kurven laufen können. Die beiden Gelenke des neuen dreiteiligen Wagens sind besonders sorgfältig ausgebildet. Die Wagenteile sind durch Faltenbälge ziehharmonikamäßig miteinander verbunden. Die Dreiteilung des gesamten Wagens, die im Innern kaum auffällt, führt zur Verwendung von zwangsläufig gesteuerten Lenkachsen, durch die die Räder vollkommen einmündig ohne das sonst übliche neroenaufpeitschende Quetschen die Kurven passieren können.

Die Probefahrt zeigte ein völlig stoßfreies, schnelles Anfahren und einen sehr kurzen Bremsweg. Der Wagen, der mit vier 29-kW-Motoren ausgerüstet ist, weist wichtige Verbesserungen in der Abfederung, Lüftung und in der elektrischen Ausrüstung auf. Allgemeines Interesse dürfte die Tatsache erwecken, daß eine Einrichtung eingebaut ist, durch die jede Störung des Rundfunkempfangs ver-

mieden wird. Der Wagen kann insgesamt 105 Personen befördern, für die 44 Sitzplätze und 61 Stehplätze vorgesehen sind. Wichtig ist die Tatsache, daß in diesem Wagen sowohl für den Fahrer als auch für den Schaffner Sitzplätze vorgesehen sind. Die Fahrgäste steigen an den Enden des Wagens ein und verlassen ihn in der Mitte. Dadurch werden sie gezwungen, unter allen Umständen am Schaffner vorbeizugehen und das Fahrgeld zu entrichten.

Bekanntlich laufen auch in Berlin seit zwei Jahren zwei nach ähnlichem Prinzip gebaute Gelenkwagen. Die BVG hat jedoch von der Einstellung weiterer Wagen Abstand genommen, da die großen Fahrzeuge auch eine ganz bestimmte Fahrgastzahl ständig befördern müssen, um wirtschaftlich zu arbeiten. Dagegen dürfte sich der Gelenkzug für Ueberlandbahnen ganz auszeichnen eignen. Hier liegt sein eigentliches Tätigkeitsfeld.

Schwarzer Verkehrstag

Autounglück auf der Heerstraße — 25 Verletzte beim Straßenbahnunglück

Der gestrige Mittwoch war im wahren Sinne des Wortes ein schwarzer Tag im Berliner Verkehrsgetriebe. Wenige Stunden nach dem schweren Straßenbahnzusammenstoß am Potsdamer Bahnhof raste ein mit vier Personen besetztes Privatauto auf der Heerstraße unweit der Stößenseebrücke einen etwa 7 bis 8 Meter hohen Abhang hinunter. Ein Toter und drei Schwerverletzte wurden unter den Trümmern des Wagens, der sich mehrmals überschlagen hatte, hervorgezogen.

Der 48 Jahre alte Fabrikleiter Fritz Bod aus der Augsburger Straße besand sich mit drei Freunden auf der Fahrt nach Berlin. Kurz vor der Stößenseebrücke wollte B. ein anderes Fahrzeug in scharfem Tempo überholen. Dabei verlor er die Gewalt über die Steuerung, geriet auf die andere Straßenseite und raste die Böschung hinunter. Bei dem Sturz überschlug sich das Auto mehrmals und die Insassen wurden unter den Trümmern begraben. Durch die Feuerwehr wurden die Verunglückten geborgen. Einer der Mitfahrenden, der 39 Jahre alte Kellner Karl Schmidt aus der Kaiser-Friedrich-Straße 47 in Charlottenburg, war bereits tot. Die anderen Verletzten, der Fabrikleiter Bod, der 43jährige Kellner Adolf Pfingst aus der Bagreuther Straße 18, und der 41jährige Max Bernick aus der Anselebeckstraße, wurden durch die Feuerwehr ins Wilmersdorfer Hildegard-Krankenhaus übergeführt. Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle dauerten längere Zeit.

25 Verletzte.

Das Straßenbahnunglück in der Strefemannstraße, über das wir im „Abend“ bereits berichteten, hat nach den letzten polizeilichen Feststellungen insgesamt 25 Verletzte gefordert. In der hauptsächlichen haben die Verunglückten leichte Schnitt- und Quetschwunden sowie Kerschenschicks erlitten. Die große Zahl der Verletzten wurde in den Rettungsstellen in der Eichhorn- und Kronenstraße sowie im Elisabeth-Krankenhaus und in der Charité behandelt. Bis auf eine Frau Emilie Kading, die im Elisabethkrankenhaus daniederliegt, konnten die übrigen Verletzten sämtlich in ihre Wohnungen entlassen werden. Wie die Ermittlungen

ergeben haben, ist das Unglück durch falsche Weichenstellung erfolgt. Die Straßenbahn der Linie 21 fuhr der aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahn der Linie 24 in die Flanke.

In der Eichhornstraße in Reinickendorf-West geriet gestern nachmittag der dreijährige Kurt Eichler aus der Eichhornstraße 59 unter die Räder eines Lieferautos. Das Kind wurde auf der Stelle getötet.

„Examen“ bei der Falschgeldstelle. Der Banknotenfälscher hat ohne Komplizen gearbeitet.

In den gestrigen Nachmittagsstunden ist die Untersuchung der Berliner Falschgeldstelle gegen den Banknotenfälscher Waller Dahl so weit gediehen, daß man bereits von einem Abschluß der kriminalpolizeilichen Ermittlungen sprechen kann. Die letzte Vernehmung des Fälschers gestaltete sich dabei zu einem interessanten Experiment, da Dahl den Beweis zu erbringen hatte, daß er die Fälschungen ohne Komplizen hergestellt hatte.

Schon als die Reichsbank und dadurch die Falschgeldstelle in der ersten Zeit des Aufstehens der Falschfälscher einige Scheine in die Hände bekam, konnte man feststellen, daß sie technisch vorzüglich angefertigt waren. Als der Fälscher verhaftet werden konnte, legte er nach anfänglichem Leugnen das Geständnis ab, die Noten allein angefertigt zu haben. Schon vorher waren von der Falschgeldstelle in- und ausländische Geldfälscher zur Strecke gebracht worden, deren „Erzeugnisse“ aber — mit denen des Kunstmalers Dahl verglichen — qualitativ nicht die hervorstechende Technik aufwiesen, wie sie B. angewandt hat. Man vermutete, daß der Fälscher in seiner Arbeit von Komplizen unterstützt worden war. Als er aber hartnäckig dabei blieb, die Falschfälscher allein hergestellt zu haben, forderte man ihn auf, einige besonders schwierige Methoden der Herstellung praktisch vorzuführen. B. war dazu sofort bereit und fertigte vor den Augen der Beamten einige Falschfälscher an,

die genau so gut waren wie die bisher angehaltenen Noten. Durch dieses „Examen“ hat Dahl den Beweis erbracht, daß er allein der Hersteller der falschen Scheine war.

800 Menschen in Seenot.

Spanischer Dampfer auf Grund gelaufen.

Kapstadt, 8. Juni.

Der spanische 4000-Tonnen-Dampfer „Teide“ mit 800 Passagieren an Bord ist im Golf von Biafra, 20 Meilen von der westafrikanischen Küste entfernt, auf Grund gelaufen. Das Schiff befindet sich in einer äußerst gefährlichen Lage. Der englische Dampfer „Apsam“ ist der „Teide“ zu Hilfe geeilt. Mehrere Barkassen von der Insel Fernando Po sind gleichfalls nach der Unfallstelle ausgelaufen. Die „Teide“ ist ein 37 Jahre altes Schiff.

So werden Theater betrieben.

Verurteilung wegen Kautionsbetruges.

Die kurze Theaterdirektion Max Semmlers im Wallner-Theater hatte gegen ihn jetzt vor dem Schöffengericht Schöneberg ein gerichtliches Nachspiel wegen Betruges. Mitangeklagt war der Kaufmann Werner Böh.

Semmler hatte am 15. November vorigen Jahres das Wallner-Theater gemietet. Schon am 17. Dezember mußte er den Theaterbetrieb einstellen, da nicht einmal die Lichtreklame bezahlt werden konnte. Es ergab sich dann, daß eine Reihe von Leuten, die als Kassierer und Garderobepächter usw. angestellt worden waren, oder die Pachtverträge abgeschlossen hatten, um mehr oder weniger größere Summen geschädigt worden waren. Der Kassierposten war zweimal besetzt worden, und es war von einem der beiden Angestellten eine Kautions von 600 M. gestellt worden. Der Garderobepächter hatte 3600 Mark gezahlt, und es war mit ihm ein Pachtvertrag bis Mai 1932 abgeschlossen worden, obwohl Semmler vom Polizeipräsidenten nur eine vorläufige Spielerelaubnis bis Ende Dezember erhalten hatte. Der Angeklagte Semmler schob die Hauptschuld bei den Unregelmäßigkeiten auf den Mitangeklagten Böh. Er sei seit langen Jahren im Theaterbetrieb früher Ballettmeister und Regisseur gewesen, und er habe die „Josephlegende“ von Richard Strauß auf den deutschen Bühnen herausgebracht, ebenso ein anderes Werk von Richard Strauß an der Breslauer Oper. Durch Pirchan, den Ausstattungschef des Berliner Staatstheaters, sei er angeregt worden, in Berlin Ausstattungsoptima herauszubringen, und er habe zu diesem Zweck das Wallner-Theater gemietet. Seine Absicht sei gewesen, mit anderen Theaterdirektoren zusammenzuarbeiten, er sei aber im letzten Augenblick im Stich gelassen worden. So sei er dann mit Böh zusammengekommen, der versprochen hätte, den Theaterbetrieb aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Er habe nicht gewußt, daß Böh die Kautions und Pachtgelder für den Theaterbetrieb verwendet habe. Rechtsanwalt Dr. Artur Feld hob hervor, daß Semmler als Theaterenthusiast sich um die geschäftlichen Dinge im allgemeinen weniger gekümmert habe.

Das Schöffengericht verurteilte Semmler zu 1500 Mark Geldstrafe, dagegen Böh zu sechs Monaten Gefängnis.

Um Geld und um ein Auto.

Die Begründung des Todesurteils im Ziehm-Prozess.

Kollbus, 8. Juni.

In der Urteilsbegründung im Ziehm-Prozess, der mit der Beurteilung der beiden Angeklagten zum Tode endete, wird u. a. folgendes ausgeführt:

Das Gericht ist davon überzeugt, daß Frau Ladewig dem Kinde den tödlichen Trunk verabreicht hat, es hat auch einwandfrei festgestellt, daß das Chloroform aus dem Hause Ziehm stammte. Ebenso ist das Gericht überzeugt, daß Frau Ziehm in Gemeinschaft mit Frau Ladewig gehandelt hat. Als Motiv der Tat kommt bei Frau Ziehm in Frage Abneigung bis zum Mord gegen das Kind Hans Georg Ziehm, begründet dadurch, daß ihr der Junge im Wege war, daß er ihr immer wieder gefährlich werden konnte, daß er stets zum Vater hielt und ihm alles hinterbrachte, und schließlich deshalb, weil durch den Tod des Knaben Geld frei wurde. Frau Ziehm konnte so ihr Auto, an dem sie mit ganzer Seele hing, behalten. Wenn man sich fragt, ob es wert war, deshalb ein Menschenleben zu opfern, so müßte man beachten, daß Frau Ziehm verbrecherische Reigungen hatte.

Die Motive, die zur Tat der Mutter, der Frau Ladewig, führten, liegen in der abgöttischen Liebe begründet, mit der sie an ihrer Tochter hing. Das Gericht will aus diesem



Juno wirkt durch ihre Güte,

sie lehnt es ab, durch Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien die Raucher zu locken.

JUNO

wünscht das Vertrauen aller der Raucher zu besitzen, welche allein auf hochwertige Qualität und volles Format Wert legen.



Gründe — mifherstandene Mutterliebe — ein Gnadengefuch für Frau Bodewig einreichen. Die Begründung spricht dann weiter von den Zusatzstrafen für den Morbanfall an Frau Winkler und der Verleitung zum Mord in der Gismarstraße Krüger. Diese Strafen sind in eine Gesamtstrafe von einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus zusammengezogen worden.

Frau Zehm erklärte nach Verkündung des Urteils, Revision einlegen zu wollen; sie war vollkommen ruhig.

Heberzogener Kredit.

Auffieg und Werdegang eines Großkaufmanns.

Im Zeichen des Niederganges kaufmännischer Moral stand wieder eine Verhandlung vor dem Schnellshöffengericht. Der Vertreter einer alten thüringischen Familie, der Großkaufmann Scheidemann, war wegen Betruges und Urkundenfälschung angeklagt.

Bezeichnend ist der Lebensweg dieses Mannes. Als Beamter der Mitteldeutschen Creditbank trat er in Beziehungen zum Grafen Douglas, dem bekannten Inhaber von Kalibetrieben, wurde Direktor seiner zahlreichen Gesellschaften, lernte Balkin von der Hamburg-Amerika-Linie kennen und trat auf dessen Drängen bei A. C. Freiters u. Comp., einer der größten Exportfirmen Hamburgs, ein, wurde im Jahre 1907 Mitarbeiter des oberthüringischen Kahlenmagnaten Friedländer-Fuld und arbeitete von 1912 bis 1920 bei Scherl. Im Jahre 1921 begründete er eine Exportfirma und belieferte auf Grund von Verträgen mit dem Verbands deutscher Papierfabriken Italien mit Papier, auch Mussolinis Blatt „Popolo d'Italia“, dem er auch persönlich vorgestellt wurde. Als die hohen Zölle das Geschäft mit Italien unmöglich machten, wurde er Mittelsmann für die Papierlieferung bei Ulstein, Rosse und Scherl. Er hatte bei der Deutschen Bank einen Kredit in Höhe von 200 000 bis 250 000 Mark, als Sicherheiten galten Hypotheken auf seine zwei Grundstücke. Durch große Verluste war der Angeklagte in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Der Kredit, den ihm die Deutsche Bank gewährte, genügte ihm nicht. Er fand einen Ausweg, der bei seinem Werdegang unbegreiflich scheinen würde, wenn man nicht den allgemeinen Rückgang der kaufmännischen Moral mit in Rechnung ziehen wollte. Die Geldüberweisungen für die Papierlieferungen, die durch Scheidemanns Vermittlung von den Papierfabriken an Ulstein gemacht wurden, gingen von dieser Firma direkt an die Deutsche Bank. Der Angeklagte überfandte der Bank von Zeit zu Zeit Aufforderungen über die zu erwartenden Geldüberweisungen. Nach der Höhe der Geldüberweisungen richtete sich der ihm gewährte Kredit. Scheidemann bestellte Formulare bei der Firma Ulstein und legte Rechnungen auf, die bereits bezahlt waren, als hätte die Zahlung dieser Rechnungen noch zu erfolgen. Er schrieb einfach ein späteres Datum hin. Die Deutsche Bank gewährte ihm auf Grund dieser von ihm selbst unterschriebenen und unterstempelten Rechnungen einen höheren Kredit als er ihn sonst erhalten hätte. So trieb er es das ganze Jahr 1930 hindurch bis 1931. Ein entlassener Angestellter und sein geschiedener Schwigersohn zeigten ihn schließlich bei der Bank und bei der Staatsanwaltschaft an. Ein Versuch, sich mit der Deutschen Bank zu verständigen, mißlang. In Zürich wurde er verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert. Die Schuld an die Deutsche Bank war unterdessen auf 400 000 M. angewachsen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen Urkundenfälschung und Betrugs 1½ Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. In der Urteilsbegründung hieß es u. a.: wenn der Angeklagte auch nicht die Absicht gehabt haben mag, die Deutsche Bank zu schädigen, so hätte er sich jedenfalls sagen müssen, daß sich ein Schaden unter Umständen entstehen könnte. Im Augenblick sei er doch nicht in stande, seine Schuld abzutragen.

Der Vortrag des spanischen Presseattachés Rodrigo, der für heute im Deutschausländischen Akademikerklub (Harnack-Haus) angefragt war, mußte wegen einer Dienstreise auf Donnerstag, den 23. Juni, verschoben werden.

Oberbürgermeister Dr. Sahm hat am Mittwoch seine Amtsgeschäfte, wenn auch zunächst im beschränkten Umfang, wieder aufgenommen.

„Schulaufbau“ für dein Kind

Stadtschulrat Nydahl spricht vor den Elternbeiräten

Vor den Berliner Elternbeiräten sprach Stadtschulrat Nydahl anlässlich der bevorstehenden Elternbeiratswahlen über den „Schulstat der Stadt Berlin“.

Dem Abbau des „Wohlfahrtsstaates“, so führte Nydahl aus, wird bald der Kulturbau folgen. Den kulturellen Stand des deutschen Volkes auf die Vorkriegszeit herabzudrücken, ist offenbar die Absicht der neuen Reichsregierung. Der Kampf um die Schule ist also nichts anderes als eine politische Machtfrage. Was hat die Stadt Berlin auf dem Gebiete des Schulwesens geschaffen? Kurz und bündig gesagt: sie ist über die Leistungen und Forderungen des Staates weit hinausgegangen

Zur Elternbeiratswahl: Seht die Wählerlisten ein!

Nur bis 12. Juni liegen die Wählerlisten an den Schulen zur Einsicht aus. Alle Wahlberechtigten müssen sich davon überzeugen ob sie in der Wählerliste eingetragen sind. An allen Schulen müssen von unseren Genossen die Wählerlisten abgeschrieben und für die Agitation nutzbar gemacht werden. Bis zum 12. Juni müssen die Wahlvorschläge bei dem Wahlleiter, (nicht Schulleiter) eingereicht sein.

und wenn jetzt, den allgemeinen Etatsbeschränkungen folgend, auch die Schulverwaltung Einschränkungen vornehmen muß, so werden tatsächlich nur gewisse Sonderleistungen abgebaut, auf die allerdings, das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, Berlin stolz war und immer noch sein kann. Wenn man bedenkt, daß vor dem Kriege besonders die Volksschulen die Stiefkinder der Verwaltung waren, so ist erfreulicherweise nachgeholt worden, was veräußert wurde. Noch im Jahre 1930 war der Schuletat mit 151 Millionen Mark höher als der Etat von ganz Württemberg und Baden. Im Jahre 1931 konnten allerdings nur noch 135 Millionen Mark verwaltet werden und im neuen Etat für das laufende Jahr ist die Summe auf 109 Millionen zusammengestrichen. Der neue Etat ist also ungewissheit stark gekürzt. Aber nicht etwa beabsichtigter Kulturbau sei, so betonte der Stadtschulrat, der Anlaß für diese Kürzung, sondern die Notwendigkeit, die ins Ungeheure gewachsenen Unterstützungen für die notwendige Bevölkerung aufzubringen. Bei der Herabsetzung des Schulstats ist zu berücksichtigen, daß Berlin den Zeitverhältnissen entsprechend nicht mehr so viel Schulneubauten aufzuführen wird als bisher, und es ist weiter zu bedenken, daß die Kürzungen der Beamtengehälter auch ganz wesentliche Summen ausmachen. Das ist kein „Bankrott des Berliner Schulwesens“, wie Kommunisten und Nationalsozialisten gern behaupten. Die Einsparnisse im Schulwesen sind aber auch durch einen erheblichen Schülerrückgang möglich gewesen; die Geburtenausfälle in den Kriegsjahren haben sich ausgewirkt. So haben z. B. die Berufsschulen fast die Hälfte der Schüler verloren. Die höheren Schulen haben gegen das Vorjahr 6000 verloren. Schon aus dieser Tatsache ergab sich die Möglichkeit, freierwerdende Schulräume zu Volksschulen einzurichten oder sehr stark dezimierte Schulen zusammenzuliegen. Wenn auf diese Weise Schulräume frei, oder Schulgebäude geschlossen wurden, schrien die Kommunisten über „rigorose Schließung von Schulen durch den sozialdemokratischen Magistrat“.

Ueber den Etat und die Herabsetzung des Schulgeldes brachte Stadtschulrat Nydahl interessante Zahlen. Von den Schülern der höheren Schulen haben etwa 40 Prozent Freistellen, während in den staatlichen Instituten nur 20 Prozent dieser Vorzug genießen. Unter diesen 40 Prozent befindet sich eine große Anzahl von Kindern, deren Eltern den minderbemittelten Kreisen angehören. 75 Prozent der Schüler in den Volksschulen und 52 Prozent der Besucher in den Mittelschulen sind ebenfalls von der Zahlung des Schulgeldes befreit. Das wollen allerdings die Gegner des systematischen Schulaufbaus nicht wissen; in ihrer Agitation verschweigen sie es jedenfalls mit Absicht.

„Es sind keine Gelder für Vermittel vorhanden“, so schreiben

unserer Gegner! Noch sind alle Anforderungen, sagte der Redner, befriedigt worden. Wenn die Haushaltsmittel dafür gekürzt wurden, so hat das nicht zuletzt seinen Grund darin, daß viele Schulen sich mit der Zeit große Läger in Vermitteln angelegt hatten, die sie auf Anweisung des Magistrats jetzt aufbrauchen müssen. So erklärt sich der Rückgang dieses Etatssteils. Gehilich verhält es sich mit den für die Reinigung der Schulen ausgeworfenen Mitteln. Wenn infolge des Schülerrückganges Schulen geschlossen werden können, können auch die Reinigungskosten herabgesetzt werden.

Stadtschulrat Nydahl schloß: Auch bei der starken Herabsetzung des Etats ist es möglich, einen geordneten Schulbetrieb und eine Schulverwaltung durchzuführen, die den kulturellen Erfordernissen der Neuzeit entsprechen. Wenn durch die zielbewusste Arbeit der Sozialdemokratie im Roten Hause es gelungen, das Schulwesen auf die Höhe zu bringen, die wir vor uns haben, und die zu halten unsere ernste Absicht ist.

Dazu kann die Bevölkerung Berlins beitragen, wenn sie bei den Elternbeiratswahlen der Liste „Schulaufbau“ zum Siege verhelf.

Der Vorsitzende der Elternbeiräte, Genosse Schröder, gab am Schluß der Verlesung Richtlinien für die Durchführung der Agitation und der Wahlen.

Blutiger Zusammenstoß.

Nazis gegen Kommunisten. — Fünf Verletzte.

Am Bahnhof Jungfernheide und am Tegeler Weg kam es gestern abend zwischen 20 und 21 Uhr mehrfach zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hafenkreuzern und Kommunisten.

Den Anlaß zu den Zwischenfällen hatten die Nationalsozialisten gegeben, die am Bahnhof Jungfernheide einen Kommunisten niedergestochen hatten. Einige Zeit später erschien ein größerer Trupp Kommunisten am Tegeler Weg, wo sich ein übel verträgliches Verkehrsmittel der Hafenkreuzer befindet. Den Nationalsozialisten war das Herannahen des kommunistischen Trupps offenbar gemeldet worden, denn auf der Straße hatten sich zahlreiche Nazis eingehunden, die mit den Kommunisten sofort in ein Handgemenge gerieten. Bei dieser Schlägerei wurden zwei Hafenkreuzer und zwei Kommunisten durch Hiebe und Stiche verletzt. Zwei von ihnen mußten ebenso wie der niedergestochene Kommunist in das Westend-Krankenhaus gebracht werden. Ein nationalsozialistischer Rädelführer wurde festgenommen.

Lehter Krampf.

Dingeldey will eine neue Partei gründen.

Am Dienstag hat im Demokratischen Klub der Logenortler Freiherr von Richthofen über die Notwendigkeit einer neuen Parteiüberlegung gesprochen. Ueber die Pläne dieser neuen Gruppe erfuhr man wesentliches aus dem Schulwort des Hanfbandpräsidenten Hermann Fischer.

Die Gründung der neuen Partei wird besonders betrieben von Dingeldey, Fischer, Oberbürgermeister Jarres und Herrn Rosich. Man ist energisch bestrebt, auch die Deutsche Staatspartei für den neuen Laden zu gewinnen. Zu diesem Zweck wird seit längerer Zeit intensio gegen den bisherigen Vizelandesdirekt geübt. Aus der Ecke Hanfband—Dingeldey—Fischer ist ein planvolles Ketteltreiben gegen Dietrich inszeniert worden. Am Sonnabend dieser Woche oder in den ersten Tagen der nächsten Woche soll der Gründungsakt vollzogen werden. Die Funktionäre und Mitglieder der Staatspartei verfolgen diese Entwicklung mit großer Beunruhigung. Die Ortsgruppen der Staatspartei, die noch einigermaßen Bedeutung haben, wie in Hamburg, Baden, Württemberg und Freistaat Sachsen, haben sich bereits schärfstens gegen die geplante Neugründung ausgesprochen.



Jan Hus.

Der letzte Tag

Aber es kommt nicht zur Ruhe. Es rast dahin wie ein durchgehendes Pferd. Es verarbeitet die Geschehnisse des Tages zu wilden, galoppierenden Bildern.

Der König träumt. Qualvolles träumt er. Prag brennt, die vielen Türme klackern wie pechene Fackeln. Ein ungeheuerlicher Keuch ist umgestürzt, Blut schießt aus ihm, wie aus dem flaffenden Hals eines Enthaupteten. Die ganze Moldau dampft davon, die Nase mag den rauchigen Nebel gar nicht mehr atmen. Scharen von waffenwühlenden Böhmen rennen gegen ihn an. Jeder schreit: Hus! Hus! Von irgendwo ein Stoß, der in eine unendliche Tiefe stößt. Als er zu sich kommt von dem höllischen Sturz, ist er wieder in Haft in jenem furchtbaren Hungerturm. Durst sieht ihm wie eine Igelstachel im Halse. Er kratzt sich in die Fugen der Quader, vor Verzweiflung leckt er die feuchten Steine ab, bis ihm die Zunge blutet. Er sieht wieder die Augen der alten Frau auf sich gerichtet, der er zwei Söhne getötet. Diese guten, prüfenden Mutteraugen, vor denen er das Spiel seines Lebens spielt! Einzig: seine Freiheit. Triumph, er gewinnt! Er sitzt an einem weiggedeckten Tisch: er isst wieder Brot, er trinkt wieder Wein, er spürt wieder Sonne, er hört wieder Wind, er sieht wieder Tiere und Menschen! Er weiß nicht mehr, was hunger und Durst und Verlassenheit ist. Er kennt nicht mehr den Qualergriff der schlaflosen Nacht. Er kriecht sich wieder durch die Welt, wie eine Schabe durch die Wolle. Eine Königschabe, haha! Wo er sich durchfrißt, bleiben Wälder. Hat er nicht Flügel? Doch, er hat Flügel, so viele er will! Wieder ist die Böhmenlanze da. Diesmal trifft ihn der Stoß nicht, er fliegt ihm davon. Er kehrt zurück, legt sich fest auf die Spitze der Lanze. Jetzt kann er sich die Kühnheit erlauben; denn sie ist ihm ungewöhnlich geworden. Sein Bruder Benzol grinst ihn an, dumm, idiotisch, hinterhältig, so echt brüderlich! Nein, daß er diesem Stück Vieh die römische Krone genommen hat, darüber braucht er sich wirklich keine Vorwürfe zu machen.

Höchstens darüber, daß er ihm — verdammt die zitternde Hand — doch nicht das weiße Pulver in den Wein gab! Böhmen könnte heute sein. Ha, die rauchenden Schmeltzöfen, aus denen in pfeifendem Strahl das flüssige Silber in die Barrenform fährt! Wieder ist die zuckende Lanze da! Wieder brennt Prag. Wieder dampft die Moldau von Blut, das der ungeheuerliche umgestürzte Keuch über sie ausschüttet. Wieder treiben die Leichen wie Fließholz. Wieder rennen die Scharen auferstandener Wunden an: Hus! Hus! Diesmal sind es nicht die Böhmen allein, die schreiend anrennen, diesmal rennen die Wahren mit, die Polen rennen, die Preußen rennen, die Litauer. Zahlreicher als Ameisendörfer rennen sie gegen ihn an, ein Wald voller Lanzen. Dieser verdammt Einzige vorn an der Spitze. Der schwarze Federlappen, der ihm die halbe Stirne verdeckt, flattert wie ein Wimpel. Schwarzes Wimpel, wer führt denn das? He, Kanzler, he, Kapitän, das Wappenbuch! Schlag nach, wer in der Ritterschafft das schwarze Wimpel führt! Eh, eh, jetzt bringt dieser Ungar statt des Wappenbuches eine Justostange! Nicht etwama bei den eigenen Leuten ist man sicher! Einen Schild! Einen Schild! Er kann doch nicht ewig rennen! Die Arnie sind ihm jetzt schon knirschhandig. Die Zunge leucht! Einen Schild! Jetzt hat er's. Er hält die Anweisung des Ordens auf die achttausend Schildkrieger dazwischen. Doch das Schwert des Einäugigen haut zu, scharfer, als seine verdammt Worte zugehauen haben! Hus! Hus! Immer nur Hus! Das trifft! Das zerfchneidet! In zwei Fetzten zerflattert die Anweisung. Sie ist wertlos geworden. Aber sie hat wenigstens den Schlag abgefangen. Ohne Budst, mit häßlichem Quietschlaut, prallt das böhmische Schwert an Sigmunds Brustpanzer ab.

Mit dem gleichen häßlichen Quietschlaut dreht sich die Tür in der Angel. Sigmund fährt schweißgebadet aus seinem Schrecktraum auf. Gewaltig schüttelt er den letzten Rest Benommenheit aus den Augen. Wer kommt da? Es ist bereits so dunkel im Zimmer, daß er nicht leben kann, wer eingetreten ist. Er erkennt jedoch die dunkle Masse, die nach seinem Tisch strebt, am Schritt und an den lauten, schnaufenden Bewegungen.

Sigmund ist wieder hell wach und auf dem Sprung. „Wie war's, lieber Dheim?“

Der Angeredete unterbricht seine Schritte. Er tastet nach einem Sessel, zieht ihn polternd zu sich und setzt sich nicht minder polternd nieder.

„Ihr habt ihn nicht weichgetriegt!“

„Den und weichkriegen!“ lacht bissig der Pfalzgraf. „Ein

erzhöhmischer Schädel ist das! Der wird immer härter, je mehr man ihn befährt und behämmert!“

„Was sagte er?“

„Immer das gleiche Lied: Bevor man mir einen Widereruf zumutet, soll man mich erst eines Irrtums überwinden! Belehrt man mich aus der Schrift eines Bessern, so will ich nicht zögern, mich in die gnädige Hand des Konziliums zu ducken. So aber... na, du kennst doch den Woschus, den er bei solchen Gelegenheiten ausdudtet!“

„Ein Unverbesserlicher!“

„Sage das nicht, aber ein Unbelehrbarer, und das ist schlimmer! Kämpfe bei einem Scholasten gegen den Willen an, das ist alles unnütz und eitel, und wenn du mit tausend Fechtklängen schößest. Der Wille des Menschen ist ein starkes Viehhorn, zu brechen unter Umständen, aber nie zu belehren, nie zu bekehren!“

„Er drängt sich geradezu nach dem Scheiterhaufen, nicht?!“

„Soweit das unsereins beurteilen kann, ja. Aber ich muß sagen, er stellt sich bei dieser Drängelei verhältnismäßig geschickt an. Jedenfalls so, daß das volle Maß der Schuld auf seine Gegner fällt und auf uns, vor allem auf dein gefälschtes Genid, Kesse Sigmund!“

„Wannschon, was heißt hier Schuld? Die Geschichte fragt nur nach dem Ergebnis. Die Hauptsache ist, daß in Böhmen Ruhe eintritt, daß diese ewige Selbstzerfleischung aufhört. Dafür laß ich mir gern ein Schod Anwürr ins Genid fallen. Die Wunde muß sich endlich schließen, die diese heillosen Rebellen aufgerissen haben. Kann der morgige Scheiterhaufen die Blutung stillen, gut, hundert Hufe mögen dann brennen!“

„Ich an deiner Stelle würde mich schon dieses einen wegen bestimmen!“

„Warum auf einmal so bedenklich, Dheim?“

„Was geht dich letzten Endes dieses Pfaffengezänk an? Sei zufrieden, wenn deine Gefälle richtig einkommen!“

„Auch die wären dahin, wenn die Sekte dieses Predikanten aufstände! Versteh, die Kirche kann sich mit keinem in Diskussionen einlassen, der an ihren Grundlagen rüttelt, der Rüttler sei, wer er sei. Sie ist gezwungen, ihm im geeigneten Augenblick brennendes Pech auf die Finger zu schütten. Will sie selber nicht erledigt werden, so muß sie ihn erledigen, auf welche Art ist gleich, auch auf die unnobelste.“

„Dann meinst du, die Väter tun dem Böhmen unrecht?“

(Fortsetzung folgt.)

Kunstdiebstahl aufgeklärt.

Einbruch in die Drangerie des Glienider Schlosses.

Von Beamten der Potsdamer Kriminalpolizei wurde ein großer Einbruch in die Drangerie des Glienider Schlosses aufgeklärt, bei dem die Täter eine ziemlich große Beute an Kunstgegenständen machten.

Nach dem Einbruch waren in Potsdam und der Umgegend an verschiedenen Stellen Gegenstände aus dem Einbruch, wie etwa Fernrohre, Kupferstiche, Delgemälde usw., im Handel aufgetaucht. Man ging diesen Spuren nach und stieß dabei auf einen Händler Max Rennhaus und einen gewissen Medjessel, die in den Verdacht gerieten, den Einbruch ausgeführt zu haben. Die Potsdamer Kriminalbeamten beobachteten jetzt die Beute und folgten ihnen in der vergangenen Nacht, als sie mit einem Handwagen durch den Park Babelsberg fuhren. Die Beamten hielten den Transport an, beschlagnahmten die vorgefundenen Gegenstände und nahmen Medjessel und Rennhaus fest. Auf dem Handwagen wurden zahlreiche Kunstgegenstände vorgefunden, die sämtlich aus dem Einbruch stammen und zum Verkauf gelangen sollten.

Zur 700-Jahrfeier Sonntag nach Küstrin.

Aus Anlaß der 700-Jahrfeier der Stadt Küstrin wird für den kommenden Sonnabend und Sonntag, 11. und 12. Juni, die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten von Berlin nach Küstrin verlängert. Die Karten können bereits von morgens früh ab benutzt werden. Die Berliner Besucher der 700-Jahrfeier können am Sonnabend zur Fahrt nach Küstrin also auch die Personenzüge 347 und 321, ab Bahnhof Friedrichstraße 6.31 und 10.00, sowie den Schnellzug D 1, ab Bahnhof Friedrichstraße 9.23 Uhr, benutzen. Die Rückfahrt muß jedoch wie bisher spätestens am darauffolgenden Montag um 9 Uhr angetreten werden. Am Sonnabend, 11. Juni, veranstalten die Biontäre auf der Ober Wasserstraße und u. a. ein Fischerfestchen in historischen Kostümen. Ein großes Volksfest mit Fackelzug, Feuerwerk, Illumination und Zapfenstreich bildet den Abschluß des Tages. Am 12. Juni findet dann die offizielle Feier auf dem Marktplatz mit historischem Festzug statt.

Billige Ferienfahrt mit dem Kabinenschiff „Baldu“ nach Hamburg. In der Zeit vom 19. bis 30. Juli 1932 (12 Tage) veranstaltet der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt eine billige Ferienfahrt mit dem Kabinenschiff „Baldu“ nach der schönen Hafenstadt Hamburg. Das Schiff hat 200 Betten an Bord, elektrisches Licht und liegendes Badwasser in jeder Kabine. Für Fahrt, Logis auf dem Schiff, achtmal Mittagessen, einmal Morgen- und Abendkaffee oder -tatsa beträgt der Preis für Erwachsene 27 M., für Kinder (bis 14 Jahr) 20 M. Anfrage und Anmeldung an den Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt der Provinz Brandenburg, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 1. Hof II.

Allgemeine Wetterlage.



Der größte Teil Deutschlands stand am Mittwoch unter dem Einfluß eines über den Ostseeländern liegenden Tiefs. Der Himmel war meist stärker bewölkt, und vielfach kamen Schauer vor. Die Luftzufuhr erfolgte meist aus Nordwesteuropa, weswegen es überall weiterhin kühl blieb; nirgends wurden 17 Grad überschritten. Die Zufuhr kalter Luft aus der Westküste des Ostsees dürfte zunächst noch anhalten; später ist mit Annäherung eines Hochdruckausläufers von den britischen Inseln mit dem Abflauen dieser Luftströmung zu rechnen.

Wetterausichten für Berlin: Bedeckte wolkig, vereinzelt Schauer; weiterhin kühl mit mäßigen nordwestlichen Winden. — Für Deutschland: Im Küstengebiet, besonders im Nordosten stark bewölkt mit Regenschauern. In Mitteldeutschland wechselnd bewölkt und nur noch vereinzelt Schauer. Im Süden trocken, zeitweise heiter. Heberoll noch kühl.

Sport.

Rennen zu Grunewald Mittwoch, 8. Juni.

Ziergarten-Rennen: 1. Donna Galetta (Storoha); 2. Diana; 3. Pilot; 4. Fauher Jauber. Toto: 38:10. Platz: 14, 27, 16, 14:10. Ferner liefen: Guntiae, Mliegenpils, Nordbitter, Elefant, Kurina, Bergheimnisch, Mafia, Gaitica Borgosio, Edelmann, Wachs's bot.

Preis von Neu-Westend: 1. Valentino (Gargol); 2. Bratler Propriet; 3. Gladsheim. Toto: 39:10. Platz: 22, 42:10. Ferner liefen: Oriska, Milla, Wappenbild.

Stadion-Rennen: 1. Zantris (Rorr); 2. Willkomm; 3. Othob; 4. Nandem. Toto: 173:10. Platz: 22, 37, 19, 42:10. Ferner liefen: Gari, Pfeiffer, Herodias (H. Heben), Ossi, Rote, Eitan, Heuher, Wajordomus.

Preis der Waldhühner: 1. Grotin Gertrud (Streit); 2. Paul Gemmis; 3. Meidie. Toto: 54:10. Drei liefen.

Hobbiell-Rennen: 1. Wiberhall (Dregner); 2. Raoffe; 3. Marie Louise. Toto: 13:10. Drei liefen.

Beerstraße-Rennen: 1. Otrune (Streit); 2. Rita; 3. Kraft. Toto: 25:10. Platz: 11, 12, 12:10. Ferner liefen: Gladbäcker, Hornmarck, Käufer, Lial.

Kaiserdom-Rennen: 1. Bronislobia (Schlach); 2. Coblenz; 3. Gardejäger; 4. Pflanz. Toto: 429:10. Platz: 56, 16, 19, 27:10. Ferner liefen: Eritus, Vommernländer, Quarzperam, Supon, Helena, Terror, Oberholz, Grotin, Scham, Bizzarro.

Doppelpotte: Zantris — Otrune 702:10.

Am Dienstag, dem 7. Juni 1932, nachm. 2 Uhr, entlichst sanft nach längerem Leiden mein lieber Mann, unter guter Natur und Schmiegnater

Gustav Köbker
im 70. Lebensjahr.
Dies zeigen hierberührt an
Hedwie Köbker
Karl Köbker u. Frau
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 11. Juni 1932, mittags 1 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung, Drahtarbeiter!
Sonnabend, den 11. Juni, 10^{1/2} Uhr, im **Café Kaffee, Maltentstraße 14**
Zusammenkunft
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht aller Zusammenfallender, sich an der Konferenz zu beteiligen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Verwaltungsmittelglieder!
Freitag, den 18. Juni 1932, abends 7 Uhr, Sitzung der Bezirks-Ordnungswahl. Die Ortsverwaltung.

Möbel-Fabrik Birke
E. Gen. m. b. H. Berlin, Boxhagener S. r. 117
Laut Beschluß der Generalversammlung vom 24. April 1932 wird die Halbsumme eines jeden Genossen von Mk. 2100,- auf 300 Reichsmark herabgesetzt, die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, sich beim Vorstand zu melden.
Der Vorstand:
Hermann Weise, Karl Gebhardt

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Donnerstag, den 9. Juni
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Eine Nacht in Venedig

Schauspielhaus
Sondermahl
20 Uhr
Der Liebestrank

Schiller-Theater
Charlottenburg
20 Uhr
Abschied von der Liebe

HAUS VATERLAND
KAMPFSTR. 20/21
Vertragungs- Restaurant
Berlins
BEYRIER KEMPINSKI

SCALA
Tägl. 8 u. 9^{1/2} Uhr
Fernando LINDER
Jos. Pospol's 14 Rheuss-Artchen
Ada & Edlfe Darus
Willy Rosen usw.

Lessing-Theater
Täglich 8^{1/2} Uhr
Madonna wo bist Du?
Erika v. Thellmann
Luise Stöckl
Theodor Loos
Josef Wedorn

PLAZA
Rita Schön, Brf.
14. 8^{1/2} Uhr, 12. 10^{1/2} Uhr,
11 Uhr, 10^{1/2} Uhr
Die **Flüdermaus**.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Donnerstag, 9. Juni
Turnus II
Der Troubadour
Ottolina, Bundernagel,
Häsel, Noort,
Tappolet
Anfang 20 Uhr
Ende 22:45 Uhr

Volksbühne
Theater am Schlossplatz
8^{1/2} Uhr
Die goldene Uhr
Volksstück
von E. Seep
Regie:
A. M. Rabenalt

Städt. Schiller-Theater
8^{1/2} Uhr
Abschied von der Liebe

Deutsches Theater
Die 8^{1/2} Uhr
Journalisten
Lesung, nach Gustav Freytag
von Felix Joachimow
Musik: Theo Mackeben
Regie: Heinz Hilpert

Aufklärung

Es geht um Ihre Gesundheit!

Jede Fusskrankheit fängt mit kleinen Beschwerden an. Veränderung des Knochengerüsts, Ballenbildung, Hornhaut und Hühneraugen — das sind die ersten Anzeichen. Aber dann treten eines Tages Schmerzen auf, die das Gehen und Stehen zur Qual machen und die Lebensfreude und Arbeitslust stark beeinträchtigen.

Sorgen Sie rechtzeitig vor! Tragen Sie **MEDICUS-Gesundheitsschuhe** eine Annehmlichkeit für den gesunden, eine Wohltat für den kranken Fuß.

Goldene Medaille 1930/31 auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden.

Leiser

1000 Mk.
Hauptgewinn des Medicus-Preiswettbewerbsschreibens „Verkaufen Sie ihr Fussporträt“ erhielt **Frl. Anni Bittner** aus Berlin-Treptow.
Die übrigen Gewinner werden brieflich benachrichtigt.

Winter Garten
4 Uhr 15. Flora 3434. Rudowstr.
Paul Graetz, Peter Sachse,
Jenny & Piccolo,
Crocers & Crocers usw.

LUNA
Tanz im Freien
FEUERWERK
50 Pf.

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 131
Tel. Wobau 2 1 3422
8.30 Uhr
Weekend im Paradies
Gartenbühne
8.30 Uhr
Konzert u. Variete
Zigeunerlied

Blumenspenden
jeder Art
Vorkauf preiswert
Paul Golletz
vermis Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F & Oberbaum 1303

KLEINE ANZEIGEN
Preis: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.
Wiederholungsrabatt: 5 mal 5%, 8 mal 7 1/2%, 12 mal 10%, oder 1000 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20%. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (1/2, 9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkaufe
Kopieren
Ballast, Roloum,
Straße 9.
Stuhlleiter
jeder Art u. Größe,
Wiesensack,
Teilschlüssel, transportable Roloum,
Dobmannen-Daten,
Schiffen. Die alle
Flama Gemmer
u. Wiedberg, Doyen-
benutzerstraße 99, Dan-
nowitz 7 7 6531.

Wagnere
Biller und Rosen-
wagen, Ise Räder,
am billigsten und
besten bei Wagnere,
Rüdenstraße 71.

Rahmenmaschinen
große Auswahl,
Mark II, an. in
Rundschiffen und
Centraalbobbin 25,-,
Stamow, Wein-
meisterstraße 14.

Wagner
150,-, 200,-, Hoch-
schalplan, Schwan-
schalplan 250,-, ge-
brauchte, Preis,
Preisangabe 90.

Verkaufe
Kleiderstoffe,
Wäsche usw.
Verkauf von
unbrauchbarem
Wäsche wenig ge-
tragene sowie neue
Herrenanzugstoffe,
Dressen u. Damen-
kleide. Wertvoller
Wäsche, kleine
Lombardstraße,
Teichstraße 103,
eine Treppe.

Wohnmaschinen
150,-, 200,-, Hoch-
schalplan, Schwan-
schalplan 250,-, ge-
brauchte, Preis,
Preisangabe 90.

Verkaufe
Kleiderstoffe,
Wäsche usw.
Verkauf von
unbrauchbarem
Wäsche wenig ge-
tragene sowie neue
Herrenanzugstoffe,
Dressen u. Damen-
kleide. Wertvoller
Wäsche, kleine
Lombardstraße,
Teichstraße 103,
eine Treppe.

Verkaufe
Kleiderstoffe,
Wäsche usw.
Verkauf von
unbrauchbarem
Wäsche wenig ge-
tragene sowie neue
Herrenanzugstoffe,
Dressen u. Damen-
kleide. Wertvoller
Wäsche, kleine
Lombardstraße,
Teichstraße 103,
eine Treppe.

Bist du schon im Bücherkreis?

Nein? — Dann lies das Nachfolgende und du kommst zu uns! Denn Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61, ist die auf Solidarität gestellte und ohne Gewinnabsichten arbeitende Buchgenossenschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung mit der Aufgabe, dem werktätigen Volke für billiges Geld, in Inhalt und Ausstattung gleich vorzügliche Bücher zu bieten.

- Kein Eintrittsgeld! — Bei freier Auswahl — für nur 0.90 RM monatlich oder 2.70 RM im Vierteljahr 4 Bände und 4 literarische illustrierte Zeitschriften im Jahr, während Nichtmitglieder je Buch 4.30 und 4.80 RM bezahlen. Ferner gewährt der Bücherkreis einmal im Jahr eine Sondervergünstigung an alle Mitglieder. Aus unsrer reichen Auswahl können Mitglieder jederzeit Sonderbände zu 2.70 RM (statt zu 4.30 und 4.80 RM) beziehen.
- Auskunft und Anmeldung zur Mitgliedschaft bei:

Der Bücherkreis G. m. b. H.
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

Hier abtrennen und in frankiertem Umschlag einbinden

Beitrittserklärung . Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den Bücherkreis zu den mir bekannten Bedingungen und unter Einhaltung der halb-jährigen Kündigungsfrist.

Name _____
Ort und Tag _____
Straße _____

Der Bücherkreis G. m. b. H.
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7



Liebesgaben für „Papen“heimer. Spritbeimischung soll verdoppelt werden. — Wahlgelder aus Volksausbeutung.

Der Reichslandbund hat an die Regierung bereits die Forderung nach Erhöhung des Butterzolls auf 100 Mark und die Einführung eines unsinnigen Süßfrüchtemonopols gerichtet.

Gegenwärtig beträgt die Beimischungsquote 6 Prozent. Der Reichsernährungsminister soll bereit sein, die Quote auf 10 bis 12 Prozent zu erhöhen.

neue Liebesgabe von 35 Millionen Mark zuzuschlagen zu dürfen.

Betroffen wird der Autobusverkehr in den Großstädten, der Mann, der den Autobus benutzen muß, um seine Arbeitsstelle zu erreichen, der Geschäftsverkehr, schließlich der Mann, der sein Erspartes an ein Motorrad oder an ein Auto gelegt hat.

Andererseits, ja andererseits hört man Dinge, die die neuen Wäme in einem sehr eigentümlichen Licht erscheinen lassen. Immer wieder wird behauptet, daß die großen Spritbrennereien sich bereit erklärt haben, an die Rechtsparteien, hauptsächlich an die

Deutschnationalen und an die Nationalsozialisten Wahlbeihilfen

für die bevorstehenden Wahlen zu zahlen, wenn die Spritbeimischung, also die Liebesgaben an die Großagrarier, erhöht werden. Es soll da ein ganz bestimmter Schlüssel ausgearbeitet sein, in der Art, daß die Wahlhilfen sich mit jedem Prozent Beimischungsquote steigern sollen.

Tagung der Konsumvereine.

Die Nacht des Internationalen Genossenschaftsbundes.

Im weiteren Verlauf der Jahrestagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Donaueschingen sprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied Volkmar Kiepszig über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten.

Der Internationale Genossenschaftsbund, so führte der Redner aus, ist eine Organisation von gewaltigem Ausmaß. Mit 65 Millionen Einzelmitgliedern und Angehörigen stellt er die imponierendste Organisation des gesamten Erdballs dar.

Mehr als 200 Millionen Erdbewohner können somit als unmittelbare und mittelbare Anhänger der internationalen Genossenschaftsbewegung gelten.

Die Finanzlage des Internationalen Genossenschaftsbundes hat sich durch die Pfundabwertung verschlechtert, da die Beiträge zahlungsgemäß in Pfundwährung zu leisten waren.

Es folgte das Referat von Walter Hoff über „das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen“.

nicht erlahmen. Besonders notwendig ist Aufklärung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und über das Wesen und die Aufgaben der konsumgenossenschaftlichen Bewegung.

Ueber die Pensionskassen

des Zentralverbandes berichtete Hugo Bästlein. Die Mitgliederzahl verringerte sich 1931 von 34.345 auf 34.144. Mancher ältere Arbeiter und Angestellte, der in besseren Zeiten noch mit leichteren Arbeiten weiterbeschäftigt worden wäre, mußte die Einleitung des Rentenverfahrens hinnehmen.

Dies die Hintergründe, warum eigentlich unsere Kraftverkehrs-wirtschaft, der Sportler auf dem Motorrad und der Autofahrer auf neue bluten sollen. Die Regierung Brüning hatte sich schon unter großagrarischem Druck auf den Weg der Spritbeimischung drängen lassen.

Heute bezahlt der Kraftverkehr für den Zwangssprit den irrsinnig hohen Preis von 50 Mark pro Hektoliter.

Man muß dabei überlegen, daß man 100 Liter Benzin in Hamburg für 4 bzw. 6 Mark bekommen kann! Man muß also den Subventions-sprit der Großagrarier mit einer Summe bezahlen, für die man fast die zwölffache Menge an Benzin einkaufen kann.

Die Kullissen fallen. Es kommt nicht mehr auf die „Befreiung des Branntweinmonopols“ von seinen Beständen, sondern nur noch auf eine glatte Subvention an die Großgrundbesitzer an.

Bis jetzt ist der Kraftverkehr durch die Spritbeimischung schon mit etwa 32 Millionen Mark belastet. Durch die Erhöhung der Beimischungsquote von 6 auf 10 bzw. 12 Prozent kommt eine neue Belastung um 35 Millionen Mark heraus.

eine wurden 9,92 Millionen Mark Hypothekendarlehen ausgezahlt. Das Vermögen von 42,08 Millionen ist mit 32,45 Millionen in Hypotheken, 6,67 Millionen in Wertpapieren, 1,03 Millionen in Kommunaldarlehen und 1,30 Millionen als Bankguthaben angelegt.

Schließlich gab Dr. Petersen ein aufschlußreiches Referat über die steuerliche und wirtschaftliche Auswirkung der Motorerordnungen bei den Konsumgenossenschaften.

Millionenverlust bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-A.G. Die Depag (Deutsch-Amerikanische Petroleum-A.G.), die im vorigen Jahre aus einem Reingewinn von 3,16 Mill. M. eine Dividende von 6 Proz. ausschüttete, schließt das Jahr 1931 mit einem Verlust von rund 2,60 Mill. M. ab.

Weltbericht über Autoproduktion.

Deutschland hat seinen Autoexport im Jahre 1931 verdoppelt.

Nachdem schon 1930 der Automobilbau aller Länder des Erdballs um mehr als ein Drittel geringer war als 1929, hat das Jahr 1931 nach einer in den Vereinigten Staaten veröffentlichten amtlichen Statistik eine weitere Verminderung um 26 Proz. gebracht.

Wie bei anderen Industrien ist auch beim Automobilbau im vergangenen Jahr der Außenhandel wesentlich stärker gesunken als die Produktion, eine Folge der zunehmenden Kapperrung der wichtigsten Länder gegen die Einfuhr.

Die Vereinigten Staaten, deren Automobilherzeugung sich von 2,78 Millionen Fahrzeugen 1930 auf 1,97 Millionen 1931 verringerte, stehen allerdings auch 1931 unter den Automobil-ländern der Welt mit einem Anteil von 78,6 Proz. noch immer bei weitem an der Spitze.

Es lebe der Zollunfug!

Wird die Papen-Regierung Zellstoffzölle einführen?

Die Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerte A.-G. in Odermünde bei Stettin, legt für das Geschäftsjahr 1931 einen verhältnismäßig günstigen Bericht vor.

Der Ausfall der Dividende ist also wesentlich auf eine vor-sichtige Finanz- und Bilanzpolitik zurückzuführen. Der Umsatz ist im Jahre 1931 nur um 13 Proz. zurückgegangen, ein Ergebnis, das lediglich dem starken deutschen Papier- und Zellstoffexport zu danken ist.

Tatsächlich ist nach den amtlichen Ausweisen in den Monaten Januar bis April die Einfuhr von Zellstoff von 0,58 Millionen Kilogramm im Jahre 1931 auf 0,42 Millionen Kilogramm (um 30 Proz.) zurückgegangen; die Ausfuhr aber ist in der gleichen Zeit von 0,88 auf 1,01 Millionen Kilogramm (um 15 Proz.) ge-stiegen!

Bei der bekannten Chemnitzer Textilmaschinenfabrik der Schubert und Salzer A.-G. hat sich die Wirtschaftslage auf sehr eigenartige Weise ausgewirkt.

Auch ein Kapitalschnitt.

Die Schubert- und Salzer-Aktionäre erhalten das halbe Kapital ausgezahlt

Die Schubert & Salzer A.-G. konnte in den Konjunkturlagen ihren Aktionären bis zu 16 Proz. Dividende zahlen und ihnen darüber hinaus auch noch Sonderprämien durch verbilligten Aktienbezug machen.

Die Schubert & Salzer A.-G. konnte in den Konjunkturlagen ihren Aktionären bis zu 16 Proz. Dividende zahlen und ihnen darüber hinaus auch noch Sonderprämien durch verbilligten Aktienbezug machen.

Dieser Vorgang ist im Hinblick auf die Massenentlassungen bei dem Unternehmen ein besonders krasser Fall für die Tatsache, daß einige tausend Mann der Stammbelagschaft auf die Straße gesetzt werden, ohne daß die Kapitalbesitzer auch nur das geringste von der Krise zu spüren bekommen.

Der Großhandelsindex im Mai. Die vom Statistischen Reichsamt für den Monatsdurchschnitt Mai berechnete Großhandelsindexzahl ist mit 97,2 gegenüber dem Vormonat um 1,2 p. H. gesunken.



Die Zeitverhältnisse verlangen billige Artikel. Mouson bringt sie in den hochwertigen Igemo-Erzeugnissen. Verlangen Sie bei Ihrem Händler Igemo-Artikel und achten Sie auf die blau-rote Packung. Igemo bedeutet wahrhafte Qualität und Billigkeit.

- 10, ISEMO Shampoo 44, ISEMO Rasiercreme
25, ISEMO Toilettenseife 75, ISEMO Rasiercreme
25, ISEMO Hautcreme 50, ISEMO Rasierseife
50, ISEMO Hautcreme 75, ISEMO Rasierseife
50, ISEMO Zahnpaste 1-M. ISEMO Mundwasser

